

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

42 (15.10.1948)

WIRTSCHAFTSREVIEW

WIRTSCHAFTS- W O C H E N S C H R I F T

Nr. 42 — 2. Jahrgang 1948

Konstanz/Bodensee, 15. Oktober 1948

Ausg. D. Preis 60 D-Pfennige

Beteiligung. nicht Kredit

Jede Woche bringt heute in Deutschland praktisch einen neuen Start. In jeder Woche setzen wir die Spikes fest in die Starlicher und halten tief Atemgepunkt werten wir auf den Schuß. So wird jede Woche geschossen, sei es zu einem ungünstigen, sei es zu einem günstigen Start. In der vorigen Woche war es ein ungünstiger Start (Festkostensteigerung und verschobene Eisenpreissteigerung). Heute ist es ein günstiger Start: Der hohe Besuch an der Ruhr und die Erklärungen zum „Jedermann-Programm“.

Die Börsen ließen eine solche günstige Entwicklung ahnen. Sie reagierten bereits mit gewissen Kursrückgängen. Führt man den Gedanken nach so hört man etwas vom USA-Privatkapital, das für Ruhrinvestitionen erwartet wird.

Nun ist von General Clay selbst darüber gesprochen worden, aber es kam noch ein zweites Problem zur Erläuterung: Die Frage des Besitzes der Kohlen- und Eisenindustrie: sie wird allseitig behandelt. Nur die Grenzen hat man abgesteckt: Den früheren Besitzern werden diese Werke auf keinen Fall zurückgegeben und die Sozialisierung überläßt man einem gesamtwestdeutschen oder gar einem gesamtdeutschen Parlament. In der Zwischenzeit wird man die Zwischenlösung finden — und dann hat man bereits einen Überblickungsplan in Arbeit. Funktioniert dieser Plan, dann so dürfen wir wohl weiter argumentieren, sieht man der parlamentarischen Entscheidung über Sozialisierung oder Teilbesitzung des durch diesen Plan entstandenen Zustandes mit einiger Ruhe entgegen.

Man sprach also ausführlicher über den Aufwandskapital für die deutsche Industrie. General Clay selbst gab bekannt, daß innerhalb der britisch-amerikanischen Militärregierung Überlegungen im Gange seien, ausländisches Kapital wieder zur Investition in Deutschland anzulassen. Die Gouverneure bildeten den Zeitpunkt für gekommen, das nun Schutz der deutschen Industrie seinerzeit erlassene „Moratorium für ausländische Investitionen“ aufzuheben. Die Bedingungen für die Wiederrückführung ausländischer Kapitalinvestitionen müssen sowohl die Bank deutscher Länder, als auch die Militärregierung zufriedenstellen“, sagte General Clay wörtlich.

Wohl sind von angloamerikanischer Seite Einzelheiten noch nicht ausgearbeitet, aber von deutscher Seite ist ausgemacht worden, daß 2 1/2 Mrd. DM allein für die Ruhrindustrie nötig sind, von denen höchstens 1 Mrd. DM in Deutschland, zum Teil aus den Betrieben, zum Teil vom Kapitalmarkt aufgebracht werden kann. Die fehlenden 1 1/2 Mrd. DM werden wohl in Dollars über den großen Tisch kommen müssen — und die werden auch kommen. Seit Mitte Juli, angefangen von Reichsminister Douglas bis zum Weltbankpräsidenten Gerner im Juli dieses Jahres, haben Besucher aus den USA in Westdeutschland die Notwendigkeit festgestellt, weitere finanzielle Hilfen für die Ruhrgebiete bereitzustellen. Andere Finanzexperten des Auslandes

Produktion auf Kaufkraft bringen!

Rohstoffimporte — Richtpreise — Neugeschäft in Lebensversicherungen — Arbeitsleistung steigt
Bemühungen um Konsolidierung — Pfandbriefemissionen — Erster Länderbankausweis

Eine Reihe von wichtigen wirtschaftlichen Dringlichkeiten, die wir im folgenden aufzählen, lassen erkennen, daß der Wirtschaft mit allen Mitteln daran geht, die Produktion zu steigern, um so wenigstens von dieser Seite die DM zu sichern und die im Winter zu erwartende Arbeitslosigkeit so niedrig wie möglich zu halten. An erster Stelle sei hier die Meldung erwähnt, daß 6,3 Mill. Dollar im Oktober für Einfuhr von Häuten nach der Doppelzone bereitgestellt werden; das sind knapp 20 % mehr als im September. Außerdem sollen für das vierte Quartal 1948 6,3 Mill. Dollar für die Einfuhr von Häuten, Fellen und Geflügelhäuten vorgesehen werden und zusätzlich für die Schuhindustrie 6,7 Mill. Dollar im Leder einzu kaufen.

Außerdem hat man mit den entsprechenden Kreisen verhandelt, und erreicht, daß die Preise für Lederwaren und Schuhe wahrscheinlich sehr bald gesenkt werden. Sollte das wirklich gelingen, dann wäre dies das erste Zeichen einer gewissen Stabilisierung unserer Wirtschaft. Es werden wohl andere Preise noch weiter steigen, denn bei manchen Waren ist heute noch das Steigen der Produktion davon abhängig, daß die Preise steigen, oder um so noch deutlicher zu sagen: Bei diesen Waren müssen die Preise sinken, um einen Anreiz zu geben, den es sonst nicht geben würde. Das ist ein offenkundiges Zeichen in der Leder- und Schuhindustrie. Deshalb stellen wir auch diese Faktoren an die Spitze unserer heutigen Betrachtung. Bei den anderen Industriezweigen, werden wir hoffentlich auch bald diesen Zustand erreichen. Es bleibt eigentlich nur noch die Eisenpreissteigerung, die wir für Ende Oktober erwarten. Die handelswirtschaftlichen Preise sind erhöht worden — und das El kostet jetzt 20 Pfg. Das

Es ist wiederum ein typisches Beispiel, wie ließe sich an einem Preis gut ausrechnen, daß sich die sichere zwischen Agrarpreisen und Industriepreisen nunmehr nach der anderen Seite geöffnet hat.

Richtpreise, aber keine Richtbetriebe!

Psychologische Mittel in diesem Kampf um die Produktionssteigerung einerseits und um ein einigermaßen erträgliches Preisniveau andererseits haben wir durchaus für richtig. Es ist gut, daß die Waren in den Schaufenstern wieder mit Preisrückläufern versehen werden müssen. Es ist aber noch ein sehr wesentlicher psychologischer Fortschritt erzielt worden: auch in Gewerkschaftskreisen wird nunmehr klar erkannt, daß man mit bewirtschafteten Preisen auch unwirtschaftliche Betriebe am Le-

ben erhalten hat. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Rheinland-Westfalen hat erklärt, die Kosten der unwirtschaftlichen Betriebe dürften in Zukunft nicht mehr die Grundlage des volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preises darstellen.

Wir würden uns Theoretikern freuen, wenn wir diesen Satz sprächen. Aber eine kleine Bemerkung weist uns auf ein gewisses Preisniveau hin, das nicht nur ein Ziel, sondern ein Mittel ist, um die Produktion zu steigern. Von diesem erzielten Preis hängt die Rentabilität der Betriebe ab. Wer gut wirtschaftet, erzielt gute Gewinne, wer schlecht wirtschaftet, erzielt keine Gewinne oder sogar Verluste. Darum steht auch die weitere Forderung der Gewerkschaftsbünde im letzten Heft: Raum für den Preis des Betriebes mit fortschritt-

lichen Arbeitsmethoden und technisch guter Ausrüstung. Gerechtigkeit ist ein Preis, wenn er erzielt wird, aber nicht wenn er bestimmt wird. Würde er bestimmt, dann könnte nach dieser Forderung des Gewerkschaftsbundes nicht einmal verfahren werden, denn die Kapazität der gut gelieferten Fabriken würde vielleicht gar nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken.

Trotzdem bedeutet dieser Vorschlag des Gewerkschaftsbundes einen Stoß nach vorwärts und zwar in der Richtung, daß wir zu Richtpreisen kommen müssen, die schon seit vielen Wochen der Wirtschaftsfaktoren durchzusetzen sich bemüht. Es wäre auch erwünscht, wenn der in den USA seit Jahrzehnten übliche Betriebsvergleich innerhalb einer Branche wieder in Deutschland zu Ehren käme. Darin könnte eine verdienstvolle Arbeit der wirtschaftsfördernden Organisationen bestehen. Wir hal-

ten diesen Weg für richtiger als den vom Gewerkschaftsbund vorgeschlagenen „Richtbetriebe“ fortzuführen zu wählen, denn 1. erinnert uns das zu sehr an die goldene Fäulnis, 2. gibt es nicht genügend objektive Merkmale, um einen solchen Lohnvergleich mit gutem Gewissen überlegen zu können, 3. müssen innerhalb der Gewerkschaften bei dieser Lohnvergleichsweise mitreden, denn es könnte sonst sein, daß ein „Richtbetrieb“ Löhne zahlt, die keineswegs richtungswesend sind.

Ganz abgesehen aber ist die Idee, wieder ein Preiskommissariat zu errichten. Wir sind erstunken zu lesen, daß Dr. Pöcher diesen Vorschlag gemacht und auf die Tagesordnung der Direktorialtagung am vergangenen Mittwoch gesetzt hat. Auch wenn man einen so einsichtigen Mann wie seinerzeit den guten Geordel für diesen Posten finden würde, sind wir im Prinzip gegen einen solchen Posten. Es scheint uns, als ob die Selbstverwaltung der Wirtschaft allseitig mit dem Wirtschaftsrat so gut in Zusammenarbeit gekommen ist, daß ein Dritter nur stören würde — und einen Richtbetrieb brauchen wir heute nicht mehr, da wir allmählich in etwas strukturierten Regionen kommen.

Neugeschäft in Lebensversicherungen

Wir können nämlich feststellen, daß die Wirtschaft der Deutschen in ihrer Wirtschaftsführung gesunden ist. Am deutlichsten zeigt sich das darin, daß wieder geparkt wird. Auch die Lebensversicherung ist heute in

Gefährdete Verkehrskapazitäten

Für die deutschen Verkehrseinrichtungen sind in jüngster Zeit neue Gefahren aufgetreten. Die ausländische Eisenbahn hat sich wieder zu bewegen, weil sie durch hohe Reparaturen, Wiederherstellungsarbeiten und den Mangel an rollendem Material kontinuierlich behindert liegt, und versucht um durch Erhöhung der Tarife im Güterverkehr, die Einnahmen zu steigern, aber jede Preissteigerung bringt wiederum die Gefahr der mengenmäßigen Verringerung. Es klingt widersprüchlich, wenn die Eisenbahnen, die im Durchschnitt nur 80 % der geforderten Wagenstellen-

gen tatsächlich erfüllen können, sich nun dagegen wehren, daß die Verkehrsüberkapazität ständig ungenutzt wird. Man darf dabei auch nicht vergessen, daß alle Verkehrsunternehmen kapitalintensiv sind, deren Rentabilität von der Ausnutzung der Kapazität abhängt. Und in diesem Falle denken wir vor allem an die Ausnutzung der Schienenwege, nicht so sehr an den Frachtraum, der tatsächlich immer noch sehr knapp ist. Es ist darum der Wunsch der deutschen Eisenbahnen, daß die deutschen Strecken nicht von ausländischen Wagen besetzt werden, um dieses Kapital besser auszunutzen zu können. Auch das Einsetzen von Schlaf- und Speisewagen der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft bedeutet, unsere eine Bestimmung, als deutsche Schlaf- und Speisewagen zur Verfügung stehen.

man erreicht. Noch Anfang August ist zwischen der JSEA und Benelux in dieser Sache verhandelt worden, aber ergebnislos. Die JSEA war damals nicht bereit, die geforderten Frachttarife zu bewilligen und erklärte, daß nur derjenige Verkehrsanteil, der die Kapazität der deutschen Nordseehäfen übersteigt, über die Beneluxhäfen geleitet werden solle. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Beneluxausweis mitgeteilt, daß die deutschen Seehäfen ausgebaut würden, wenn keine Einigung mit Benelux erzielt würde.

Nun ist also diese Einigung erreicht worden. Wir wissen nicht, ob die Beneluxländer ihre Sätze ermäßigt haben. Aber wir wissen nun, daß die deutschen Nordseehäfen eine neue Konkurrenz bekommen haben und schon zu kämpfen haben werden. Der Hamburger Senat hat die Lage begriffen und am vorigen Wochenende der britischen Militärregierung eine Denkschrift eingereicht, in der auf den mit dieser Abmachung verbundenen Ausfall der Hamburger Hafenkapazität aufmerksam gemacht wird. Man rechnet in Hamburg damit, daß mindestens 25 bis 30 % des Überverkehrs für Deutschland durch die Neuanlage verloren gehen und eine weitere Entlastung — im Falle von Hamburg von etwa 1000 Hafenkapazität — zur Folge haben wird. Nun rechnen holländische Schiffahrtsexperten allerdings nicht damit, daß auf Grund dieser Abmachung der Verkehr über Rotterdam und Antwerpen sofort beträchtlich ansteigen würde. Immerhin haben Belgien und Holland den Verkehr unter sich aufgeteilt, wobei man sich eines Verteilungsabkommens bedient. Der zwischen diesen beiden Ländern ohne Rücksicht auf den Verkehr mit Deutschland am 4. Juni 1948 bereits festgelegt wurde. (Bei einem Verkehr von 1,2 Mill. t beträgt der belgische Anteil an der belgischen und holländischen Transportmenge 50 %, er sinkt aber bei steigendem Transportumfang bei 3 Mill. auf 28,7 %, bei 4 Mill. sogar auf 21 %, während der holländische Anteil entsprechend steigt.)

Man wird nun erwarten dürfen, ob die Verkehrsentwicklung so läuft, wie die Hamburger befürchten, oder wie die Holländer vermuten. Jedenfalls scheint zweierlei festzustehen. 1. Daß der Gedanke der JSEA, wonach nur der Verkehrsanteil, der die Kapazität der deutschen Nordseehäfen übersteigt, über die Beneluxhäfen geleitet werden sollte, offenbar nicht mehr verteidigt wurde und 2. daß auch von der Absicht, die deutschen Seehäfen auszubauen, keine Rede mehr ist.

Nun wollen wir hoffen, daß der Verkehr im Zuge des Marshall-Plans und der steigenden deutschen Produktion zunehmen wird. Dann würde automatisch die Kapazität der deutschen Nordseehäfen ausgenutzt werden. Aber der alte Kampf zwischen den Beneluxländern und den deutschen Seehäfen hat wieder begonnen. Allerdings unter anderen und für Deutschland ungünstigeren Bedingungen — ungünstiger nach der lethargischen Seite und, in Hinblick der Konkurrenz, die noch nicht frei ist.

Problem der Arbeitszeit

Auf totalen Gebiet geraten wir langsam in eine Kontroverse, die schwer in Ordnung zu bringen ist. Es ist gerade in den letzten Tagen von den maßgebenden Männern der deutschen Wirtschaftsverbände betont worden, daß nur eine Erhöhung der Arbeitszeit und eine dadurch bewirkte Mehrproduktion vor der Gefahr einer Gestaltveränderung schützen könne. Auf der anderen Seite hat sich infolge der Währungsreform eine gewisse Arbeitslosigkeit eingestellt, die durch die Demontagen noch verstärkt wurde. Schon früher in Zeiten der Arbeitslosigkeit wehrte sich die Arbeiterschaft gegen eine Erhöhung der Arbeitszeit, um nicht noch mehr Kollegen arbeitslos werden zu lassen.

So wird jetzt über einen Streit in der MAN-Werke in Augsburg berichtet. Die Werksleitung beschloß, die Arbeitszeit auf 48 Stunden zu erhöhen. Bei einer Abstimmung sprachen sich 81 % gegen eine Erhöhung der Arbeitszeit aus. Selbst die Drohung, die Zulagen zu erhöhen, konnte die Arbeiter nicht umstimmen.

Für die sehr schwere Übergangszeit, in die wir jetzt hineinkommen, ist dieser Standpunkt der Arbeiter verständlich. Allerdings nur dann, was wir unterstützen wollen, daß in dem Fall MAN durch zusätzliche Neueinstellungen die gleiche Produktionsleistung erreicht werden kann, die die Gesellschaft von der Erhöhung der Arbeitszeit erwartet. Das muß nun nicht immer so sein, in vielen Fällen ist nicht die Neueinstellung, sondern allein die Erhöhung der Arbeitszeit in der Lage, die Produktion zu erhöhen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Erhöhung der Arbeitszeit weniger Kosten verursacht und damit die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens stärkt. Das wiederum bedeutet, daß die Arbeitsplätze für die Belegschaft immer stärker gesichert werden. Gerade dieser Gesichtspunkt ist bei der Unruhezeit, in der sich die deutsche Wirtschaft im Moment befindet, von großer Bedeutung.

Es hat sich nun gezeigt, daß Kurzarbeit, um einmal das Extrem zu nennen, gerade heute nicht mehr ein Alibi ist, weil die finanzielle Ausrüstung der Firmen durch die Währungsreform auf einen Tiefstand gekommen ist, wie nie zuvor. So hat das Landesarbeitsamt München festgestellt, daß die Zahl der unterstellten Kurzarbeiter von 23.887 auf 7.493 zurückgegangen ist. Die Unterstellung ih-

ren Zweck aber nur teilweise erfüllt habe. Es konnte nämlich nur den 7.493 Arbeitern der Arbeitsplätze erhalten bleiben, der größere Rest von über 16.000 Arbeitern aber wurde arbeitslos, weil die Betriebe schließen mußten.

Dieses Beispiel ist sehr instruktiv und zeigt, daß wir heute weniger denn je nach Prinzipien vorgehen können, als allein nach individueller Beurteilung der Lage jedes Betriebes. Gerade in den Ländern, die besondere Bestimmungen zur Verminderung von Massenentlassungen erlassen haben, wird man sich einer vorläufigen Handhabung befleißigen müssen. Es ist heute schwerer zu beurteilen, ob man durch Kurzarbeit die gesamte Belegschaft des Arbeitsplatzes, oder ob man durch Entlassung der Hälfte der Belegschaft vorzeitig den bleibenden den Arbeitsplatz sichern kann, wenn man sie voll beschäftigt. Je angespannter die Kostenlage wird, also je genauer kalkuliert werden muß, um so wahrscheinlicher wird dieser Zweck beim zweiten Weg erreicht.

Bei der erwähnten Erhöhung der Arbeitszeit von 40 auf 48 Stunden darf vorläufig noch ein Gedanke nicht ganz außer Acht gelassen werden: Der Gesundheitszustand und die Ernährungslage sind zusammen mit der ökonomischen Lohn und Preisen noch nicht dazu angetan, generell eine Erhöhung der Arbeitszeit zu befürworten. Allmählich wird sich diese Behauptung schärfen und auch eine körperliche Kräftigung einleiten. Dann aber werden wir wahrscheinlich sogar zu einer höheren Arbeitszeit als 48 Stunden kommen müssen, wenn wir unsere Wirtschaft wieder gesund aufbauen wollen.

In dieser Nummer:

- Recherderfolg der Frankfurter Messen
- Neue Hoffnungen an Rhein und Ruhr
- Wiederbeschaffung Stahlbedarf
- Handel durch den Eisenmarkt
- USA erwarten 1948 Konjunkturaufschwung
- Spanien gewinnt an Bedeutung
- Pfand transferierbar oder nicht?
- Fünfmonatsplan für Ungarn
- Steigende deutsche Zollerlöse

Erntesteigerung um ein Drittel

Nach einer Mitteilung der Verwaltung der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird in diesem Jahr die Gesamternte der Getreide des Vorjahres um ein Drittel übersteigen. Es seien bei besonderen günstigen Witterungsverhältnissen in Verbindung mit bedeutend besserer Konsumtionserwartung zum Teil Heckerlenerträge erreicht worden, die nur um etwa 10 % unter denen der Vorjahreszeit zurückblieben.

Für die Finanzierung der bisherigen Ernte, besonders der Kartoffelernte, ist ein Betrag von 60 Mill. DM vorgesehen. Der Kredit soll dazu dienen, größere Kartoffelzonen bis zum Frühjahr einzulagern, Kartoffelzonen und Gewässer zu säen. Die Ernte soll dem Erzeuger 2 DM je Zentner zahlen, wobei der Bauer sich zur Entlohnung der bereits teilweise vorangetriebenen Kartoffeln verpflichten soll.

Lebensmittelpreise der Doppelzone

Nach einer Mitteilung der Zweimächte-Kontrollkommission für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurden im September 1948 die Lebensmittelpreise der Doppelzone im Vergleich mit den entsprechenden Preisen der Einzelzonen um 10 % höher als im August 1948 festgestellt.

Frankfurter Textilien

Nach einer Mitteilung aus Düsseldorf beschäftigt die französische Textilindustrie Textilien im Werte von 2 bis 3 Mill. Dollar gegen Kredit um die Doppelzone zu liefern. Das Geschäft wird von maßgebenden deutschen Stellen unterstützt. Die Abwicklung soll nach vorläufigen Erfolgen, Deutschland soll die Textilien mit Exportwaren bezahlen.

Saargebiet — Zollausland

Nach einer Mitteilung des Zweimächte-Kontrollkommission für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind seit dem 1. April 1948 die Möglichkeiten eines Zollauslandes.

Personenverkehr steigt

Nach dem jetzt veröffentlichten Ausweis der Deutschen Eisenbahn hat sich die Zahl der beförderten Personen im August bereits wieder von rund 14 Mill. auf 18,96 Mill. erhöht. Damit dürfte der im Juli verzeichnete Tiefstand in der

Personenbeförderung überwunden sein. Im Güterverkehr trat nur geringe Abnahme ein: er wurde 15,7 Mill. t Güter, 115.645 Stück lebende Tiere sowie 21.718 t Stück Exportgut befördert.

Zusammenschluß der Handwerkskammern

Frankfurt. Am 11. Oktober findet in Frankfurt die erste gemeinsame Tagung der Verbände der Handwerkskammern und der Spitzenverbände der drei Westzonen statt, auf der es auch die Eingliederung der Handwerkskammern und der Fachverbände der französischen Zone zur Sprache kommen soll. Zur Zeit vertritt das Präsidium der Handwerkskammern in der Doppelzone rund 100.000 Mitglieder. Durch den Anschluß der Kammer der französischen Zone würde sich die Mitgliederzahl um 140.000 erhöhen.

Vermögen der Konsumgenossenschaften freigegeben

Stuttgart. Das Vermögen der früheren Konsumvereine in Höhe von 40 Mill. DM, das bei Auflösung der alten Genossenschaften 1940 an den Vermögensgüter der Deutschen Arbeitsfront übertragen war und seit Kriegsende der Vermögenskontrolle der Militärregierung unterlag, wurde dem 18. September 1948 den Konsumgenossenschaften in Württemberg-Baden zurückgegeben.

Fristverlängerung für die Wiedererhöhung der Lebensversicherungen

Die Frist für Aufkündigung der Wiedererhöhung der Lebensversicherungen in § 8 Absatz 1 der Verordnung über die Lebens- und Rentenversicherung vom 2. Juni 1948 wird bis zum 31. Dezember 1948 verlängert. Es hat sich gezeigt, zu wieviel von Essener die Reichsversicherungsanstalt für die Versicherungsnehmer mitteilt, daß die zunächst bis zum 28. September 1948 vorgesehene Frist zu kurz gewählt war. Die Versicherungsunternehmen waren unterzogen, die bei ihnen eingehenden Fragen bis zum 31. Dezember 1948 zu erledigen. Die von Essener der britischen Zone getroffene Anordnung dürfte bald auch in der amerikanischen und französischen Zone Anwendung finden.

gen tatsächlich erfüllen können, sich nun dagegen wehren, daß die Verkehrsüberkapazität ständig ungenutzt wird. Man darf dabei auch nicht vergessen, daß alle Verkehrsunternehmen kapitalintensiv sind, deren Rentabilität von der Ausnutzung der Kapazität abhängt. Und in diesem Falle denken wir vor allem an die Ausnutzung der Schienenwege, nicht so sehr an den Frachtraum, der tatsächlich immer noch sehr knapp ist. Es ist darum der Wunsch der deutschen Eisenbahnen, daß die deutschen Strecken nicht von ausländischen Wagen besetzt werden, um dieses Kapital besser auszunutzen zu können. Auch das Einsetzen von Schlaf- und Speisewagen der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft bedeutet, unsere eine Bestimmung, als deutsche Schlaf- und Speisewagen zur Verfügung stehen.

Die deutschen Straßen werden ebenfalls zusätzlich von ausländischen Lastwagen benutzt, was nach zwei Richtungen hin für uns Deutsche bedauerlich ist. Werden auf diesen Lastwagen häufig Warentransporte durchgeführt, die im Auftrag ausländischer Eisenbahnen durch und aus Deutschland befördert werden. Es liegt uns mehr daran, diese Güter auf ausländischen Waggons über deutsche Strecken zu führen. 2. müßen die schweren Lastzüge unsere Straßen erheblich ab, für deren Unterhaltung der deutsche Steuerzahler aufkommen muß, aber die Ausländer keine Beiträge zahlen. Sie hat neuerdings Holland die Genehmigung erhalten, bis zu 30.000 t Güter monatlich durch Deutschland zu führen. Dänemark bis 10.000. Das bei uns geschlagene Holz wird z. B. auf holländischen Fahrzeugen nach Holland gefahren. Hierbei gewinnt ein neuer Gesichtspunkt Interesse. Der deutsche Lastwagenpark ist kontinuierlich ausgebaut. Viele Lastzüge stehen still, weil ihnen darauf in Nummer 38 hingewiesen. Ledersumervollstellungen werden jetzt überall eingerichtet, um einengemäßen wieder eine rationelle Auslastung zu erzielen. Auch gibt es die bessere Ausnutzung der Kapazität der Vorauszahlung der Rentabilität.

Nur die besondere Lage, in der sich Deutschland heute befindet, läßt diese hier gebührend bedenklich aufnehmen. Prinzipiell ist gegen die Ausweitung der Geschäftstätigkeit ausländischer Verkehrsunternehmen nichts einzuwenden, wenn die Grundätze der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beachtet werden. Solange dies nicht erreicht ist, bleiben die Belangen bestehen.

Ebenso ist die neue Abmachung mit Rotterdam und Antwerpen zu beurteilen. Zwischen den Besatzungsbehörden in der englischen und amerikanischen Zone und Benelux ist ein Abkommen geschlossen worden, das bereits in Kraft ist. Danach haben sich die beiden Militärregierungen verpflichtet, nicht mehr aus Gründen der Dreimächtepolitik die deutschen Nordseehäfen vor Rotterdam und Antwerpen in der Transportleistung nach Westdeutschland zu bevorzugen. Die Gleichberechtigung dieser Häfen ist also

Holz - ein wichtiger Rohstoff

26,5 Mill. Festmeter Einschlag für die Doppelzone

und der gleichen Meinung gewesen. Der Besuch des früheren Ministers Trevisani in Amerika wurde durch den Kreditgewinnung an die Holzwirtschaft in Verbindung gebracht. Man laßt diese Vermutung bestärkt, als das Zweimächtekollaborant Herr Erhard nach Verhandlungen mit anglo-amerikanischen Kreisen mitteilte, daß bald mit ausländischen Privatkrediten für die westdeutsche Wirtschaft zu rechnen sei. Die „New York Herald Tribune“ behauptet sogar, der neue amerikanische Kapitalismus sei schon vollständig ausgebreitet. Danach soll die Federal Reserve Bank in New York beauftragt werden, Dollarüberweisungen in Form von Krediten für die Westzonen Deutschlands zu übernehmen; dadurch könne die DM möglicherweise zur härtesten Währung in Westeuropa werden.

Der Bauhof an der bis 1933 aussergewöhnlich deutschen Festwirthschaft begann eigentlich schon 1934, als ein 120-jähriger Kiefernwald angekauft wurde, der im letzten Wirtschaftsjahr bis auf 200% gesteigert wurde. Ochs der Holzeinkauf zu wasser, dann ist mit schweren klimatischen Störungen und einer Ausbreitung und Verfestigung des Bodens zu rechnen. Um diese Gefahren zu bannen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Mögliche Einschränkung der Holzschlagung und eine rationelle Aufforstung. Da die wichtigsten Nadelbäume jedoch ein Wachstum von 80 bis 100 Jahren, Eiche sogar von 100 bis 150 Jahren erfordern, wird man daran denken müssen, Kulturen anzulegen, die eine kürzere Wachstumszeit erfordern, wie z. B. Birken und Pappeln, die bereits in 20 bis 25 Jahren als Stammholz geschlagen werden können. Hier tritt aber eine neue Schwierigkeit auf: Der Mangel an geeigneten Jungpflanzen.

Deutschland hat mit Kriegsende ein Viertel seines ehemaligen Waldbestandes verloren. Der noch verbliebene Rest beläuft sich auf 27,5% der gesamten Bodenschicht, wovon auf die französische Zone mit 27% der Zonenfläche der größte Anteil entfällt. Der Waldbestand der amerikanischen Zone beträgt 20%, der englischen 18% und der östlichen 27%. Schon unter normalen Verhältnissen kann dieser Waldbestand nur 20% des Holzbedarfes des Landes decken. Schon seit 1930 mußte daher Holz eingeführt werden, und zwar hauptsächlich aus Schweden, Finnland, Südamerika und Südafrika. Bedeutend war dagegen die deutsche Aufzucht an Holzveredelungsprodukten, wie Holzstift, Zellstoff, Papier und Pappe. Obwohl das Holz heute für den eigenen Wiederaufbau Deutschlands der wichtigste Rohstoff ist, ist Deutschland zur Holzimporte gezwungen. Allein aus der Doppelzone wurden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 13 Mill. Festmeter Schaltholz eingeführt, wovon England 1 Mill. und Belgien und die Niederlande 6,5 Mill. Festmeter erhielten. Die französische Zone führte 3 Mill. Festmeter aus. Für dieses Jahr wurde von den Holzverarbeitern die Anzahl von 18 Mill. Festmetern für Reparaturen angefordert, wobei allerdings die Holzimporte nach Großbritannien stark eingeschränkt werden soll.

Der Bedarf Deutschlands an Holz, insbesondere an Brennholz, ist seit Kriegsende mit Rücksicht auf die geringe Kohlenversorgung enorm gestiegen. Allein in der belgischen Zone wurden im vergangenen Winter 3 Mill. Festmeter als Brennholz aufgebracht. Von dieser Menge hätte der Bedarf für 100 000 Wohnungen oder 30 000 Einfamilienhäuser, für den Großteil der Flüchtlinge mutmaßlich wichtige Unterkünfte geschaffen und außerdem noch 12 Mill. Festmeter als Brennholz zur Verfügung gestellt werden können. Der am 1. Oktober beginnende neue Einschlagplan sieht für die Doppelzone 26,5 Mill. Festmeter vor, wovon 2,5 Mill. Festmeter auf Grubenholz und 24 Mill. auf Brennholz entfallen. Dabei ist der Bedarf der Besatzungsbehörden, der im Vergleich mit dem letzten Wirtschaftsjahr um 10% gestiegen ist, nicht berücksichtigt. Die deutsche Holzindustrie muß in den kommenden Jahren mit einem gewaltigen Bedarf rechnen, und doch außer dem hohen Normalbedarf an Grubenholz, Papier und Zellstoff allein der Wiederaufbau der 2 1/2 Mill. völlig zerstörten deutschen Wohnungen riesige Holzmengen erfordern. Nach der Währungsreform ist die Nachfrage der Holzindustrie gewaltig angestiegen, und man mußte bereits eine 25 bis 40%ige Preiserhöhung für Brennholz verzeichnen. Die Beforderung der holzverarbeitenden Industrie ist verhältnismäßig zurückgefallen. Wenn die Preisbildung für Holz sich heute noch nicht übersehen läßt, so dürfte der Preis für deutsches Holz den Weltmarktpreis angeht, werden, so dürfte verhältnismäßig niedrig, besonders England, nur ein geringes Interesse für die Einfuhr von deutschem Holz bestehen. Die Einfuhr von Holz nach Deutschland, die 1938 8,1 Mill. Kubikmeter betrug und zur Zeit stillliegt, deren Wiederbelebung aber im Interesse des deutschen Wiederaufbaus zu wünschen wäre, hängt im wesentlichen davon ab, ob der Holzbedarf die erforderlichen Devisen zur Verfügung stellen würde.

Während die Preisbildung für Holz sich heute noch nicht übersehen läßt, so dürfte der Preis für deutsches Holz den Weltmarktpreis angeht, werden, so dürfte verhältnismäßig niedrig, besonders England, nur ein geringes Interesse für die Einfuhr von deutschem Holz bestehen. Die Einfuhr von Holz nach Deutschland, die 1938 8,1 Mill. Kubikmeter betrug und zur Zeit stillliegt, deren Wiederbelebung aber im Interesse des deutschen Wiederaufbaus zu wünschen wäre, hängt im wesentlichen davon ab, ob der Holzbedarf die erforderlichen Devisen zur Verfügung stellen würde.

Doppelzone - Außenhandel

Die Ausfuhr der Doppelzone betrug im August 54 Mill. Dollar und erreichte somit den höchsten Monatsbetrag nach dem Krieg. In den ersten 8 Monaten 1948 erreichte die Ausfuhr der Doppelzone 337 Mill. Dollar, wovon 300 Mill. Dollar oder 89% auf Lieferungen an die Marshall-Plan-Länder entfielen. Die Kategorie „Einfuhr“ beliefen sich im August auf 41,8 Mill. Dollar. In den ersten 8 Monaten betrug diese Einfuhr insgesamt 238 Mill. Dollar. Davon entfielen 128 Mill. oder 54% auf Lieferungen aus den Marshall-Plan-Ländern. Allein aus den USA wurden Waren der Kategorie „B“ für 87,8 Mill. Dollar geliefert.

Frankfurt. Die zwischen der Doppelzone und Ägypten stattete Übereinkommen über einen Handels- und Zahlungsvertrag sieht einen jährlichen Warenumsatz von 30 Mill. Dollar vor.

Während die ägyptischen Lieferungen in erster Linie aus langfristiger Baumwolle und fernar aus Häuten, Fellen, Dragen, Gummi, Wachs, Knochen, Leim und Leder bestehen werden, wird die Doppelzone Maschinen, Stahlkonstruktionen, Motorfahrzeuge und Ersatzteile, Grundkonstruktionen, Chemikalien und pharmazeutische Artikel nach Ägypten ausführen.

Deutsche Ausfuhrerlöse für Einfuhr. Frankfurt. Die in den letzten Wochen zwischen der Doppelzone und 9 Ländern abgeschlossenen Handelsverträge haben den Charakter der früher üblichen Clearingverträge und unterscheiden sich dadurch von den bisherigen Außenhandelsverfahren. Hierin wurden die Einfuhr aus Mitteln des ERP oder der Devisenkonten beschränkt. Jetzt sollen aber auch deutsche Exporterlöse zu Zahlungen der Importe herangezogen werden. Bei den Partnern werden Verrechnungskonten eingerichtet, deren Spalten durch Dollarnachzahlung ausgeglichen werden.

Die Metallbestellung. Das Abkommen, das die Anwendung der Metallbestellungsplan auf die westdeutschen Zonen vorsieht, ist bis jetzt von folgenden Ländern unterzeichnet worden: Belgien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Pakistan und USA. Die Unterzeichnung ist sämtlichen Staaten freigestellt, die dem allgemeinen Zolltarif-Abkommen beigetreten sind.

Außenhandelsstatistik. Frankfurt. Aus gut unterrichteten offiziellen Kreisen verlautet, daß die Verhandlungen über die Errichtung deutscher Ein- und Ausfuhrzölle vor dem Abschluß stehen. Von deutscher Seite will man die Aufgaben der regionalen JEIA-Stellen auf die neuen deutschen Außenhandelsstellen übertragen, doch sind die Alliierten der Ansicht, daß man die Befugnisse der JEIA vorläufig nicht beschränken soll.

Zur Festlegung der gemeinsamen Handelsbestimmungen mit dem Ausland hat die JEIA schon 225 Vernehmlichungen zwischen deutscher Firmen im Ausland getroffen.

Produktion auf Kaufkraft bringen!

Verbesserung von Seite B versicherungsgesellschaften berichten über eine gute Geschäftsentwicklung. Die Güter der Lebensversicherung stellt z. B. fest, daß die Versicherungsgesellschaften in Überwiegendem Maße ihre Versicherungen fortführen, der Neuzugang steigt eine ständig zunehmende Tendenz und nähert sich bereits wieder den Ergebnissen vor der Währungsreform. Die Kritik über die Festkostenstreichung ist zwar noch sehr groß, aber die Deutschen wissen, daß der Wirtschaftler dafür nicht verantwortlich ist. Die Protestaktion des Landesverbandes der Bauern in Baden, hat den für verfehlt. Roma locuta, causa finita. Entschieden ist entschieden. Die Rechtsunsicherheit ist schlimmer als ein schlechter Start.

an die Festkostenstreichung, die Entlohnungen durch die Währungsreform und die Abwertung der Lebensversicherungen denkt.

Pfandbriefemissionen. Trotzdem besteht auf finanziellen Gebiet außerhalb der Reichszone. Der Bayerische Ministerrat genehmigte die Ausgabe von 5%igen Hypothekendarlehen und Kommunalschuldverschreibungen im Gesamtwert von 5 Mill. DM. Ebenso wurde der Ausgabe von 6%igen Obligationen der Bayernwerk AG in Höhe von 10 Mill. DM genehmigt. Auch die Landesbank von Baden hat den für verfehlt. Roma locuta, causa finita. Entschieden ist entschieden. Die Rechtsunsicherheit ist schlimmer als ein schlechter Start.

von Darlehen für die Hausinstandsetzung und Ergänzung der Anlagen öffentlicher Versorgungsanstalten vorgesehen.

In diesem Zusammenhang geht auch die Absicht des Landesparlamentes, ein solches Darlehen nicht zu gewähren, sondern ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie den Bau von Wohnungen usw. zu finanzieren, so könne sich hier nur um ein Zuschußmittel handeln, um den Gemeinden einen Anreiz zu eigener Leistung zu geben. Das ist nun nicht so einfach, denn außer Kommunalschuldverschreibungen stehen den Gemeinden ja keine langfristigen Mittel zur Finanzierung zur Verfügung. Aber gerade dies wird ja nun versucht.

Kredit für Holzleute. Washington. Die Internationale Bank für den Wiederaufbau steht der Gewährung eines Kredites von 18 Mill. Dollar für Westeuropa zur Finanzierung von Holzleuten in Mittel- und Osteuropa günstig gegenüber, erklärte ein Vertreter der Bank. Ein offizieller Kreditantrag ist zwar noch nicht gestellt worden, doch liegt ein ziemlich genau ausgearbeiteter Vorschlag vor. Danach sollen Polen, Jugoslawien, Finnland, die Tschechoslowakei und Österreich Kredite für die Modernisierung ihrer Holzwirtschaft erhalten. Andererseits sollen Frankreich, die Benelux-Staaten und Italien 18 Mill. Dollar zur Beschaffung ihrer Holzleuten aus dem genannten osteuropäischen Ländern erhalten.

In Washington diplomatischen Kreisen erklärt man, daß diese Maßnahme ein geeignetes Mittel sei, um den Handel zwischen Ost- und Westeuropa zu fördern.

Bemühungen um Konsolidierung. Vertrauen gewinnen wir auch aus dem Satz von Prof. Erhard, die Kaufkraft werde die Güterproduktion nicht übersteigen. Dabei dachte er natürlich an die Industrie, und wir werden ihn in dieser Beziehung beim Wort halten, aber die erweiterte Lederindustrie ist auch aus diesem Grund ein erster Beweis dafür, daß der Wirtschaftler eine Verengung zu halten versucht. Auf dem Lande sieht es etwas anders aus. In einigen bayerischen Gegenden mußte das Feldgeräde zum großen Teil eingeschleift werden, da der Absatz, wie es heißt, durch die hohen Kleinhandelspreise verhindert wurde. Hier war also die Kaufkraft geringer als die Produktion. Das ist die theoretische Formulierung, die praktische heißt: Es muß offenbar die Bauern rentieren streichen, wenn das Gelände einzuheben, als es billigeren Preisen zu verkaufen. Nun, die Bauern sind frei von dieser Entscheidung. Darum gibt es auch keine Kritik an diesen Maßnahmen, wenn auch alle nicht-beruflichen Kreise sich ihre Gedanken darüber machen werden. Immerhin zeigt es sich auch hier, daß das Repulativ bereits da ist.

Der erste Länderbank-Ausweis. Entschieden zum Vertrauen aber hat beigetragen, daß nun endlich der erste Wochenausweis der Bank deutscher Länder veröffentlicht wurde. Was daran ist in Deutschland in erster Linie interessant, ist die Entwicklung des Notenumsatzes. Der Passiv „Umlaufende Banknoten“ weist nun die entsprechenden Noten auf, also nicht die Kassenbestände der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. Auch der Notenumsatz in den Westzonen Berlin ist hier nicht einbezogen. (Dr. Weede erklärte, man dürfe aus dieser Ausweisung keinen erschreckenden Rückschluß wegen der eventuellen Höhe ziehen, aber man habe es nachgelassen. Geht man darauf vor, diese Zahlen zu veröffentlichen). Dieser Notenumsatz entwickelte sich folgendermaßen: 2 174 Mill. DM (0. 6. 48), 2 065 (7. 7. 48), 3 337 (15. 7. 48), 3 131 (23. 7. 48), 3 801 (31. 7. 48), 3 796 (7. 8. 48), 3 828 (14. 8. 48), 3 643 (22. 8. 48), 4 178 (31. 8. 48), 5 053 (12. 9. 48), 5 004 (20. 9. 48), 4 958 Mill. DM (30. 9.).

Das ist nun nicht so einfach, denn außer Kommunalschuldverschreibungen stehen den Gemeinden ja keine langfristigen Mittel zur Finanzierung zur Verfügung. Aber gerade dies wird ja nun versucht.

Die Marshallplan-Verwaltung in Washington erwartet eine erhebliche Erhöhung der Lieferungen von Holz aus den USA nach Europa und von landwirtschaftlichen Gütern an europäische Überseebestanden. Bis Mitte August wurden 21,6 Mill. Dollar hierfür zur Verfügung gestellt. Die Marshallplan-Verwaltung weist darauf hin, daß die Befreiung der französischen Kolonialgebiete mit den gebundenen westwirtschaftlichen Gütern eine wesentliche Erhöhung der Holzlieferungen aus diesen Gebieten bewirken wird, die den Wiederaufbau in Europa zugute kommt.

Arbeitsleistung steigt. Eine weitere Feststellung der Prof. Erhard macht, läßt vertrauensvoll in die Zukunft sehen. Nach der Währungsreform sei die Produktion um 47% gestiegen und die Arbeitsleistung um 30%. Wenn diese Relation sich fortsetzt, dann können wir bei einer weiteren Erhöhung der Arbeitsleistung um 20%, die wir durchaus im Bereich der Möglichkeit sehen, unsere Produktion um 80% steigern, und damit bald den Stand von 1936 oder 1938 erreichen, was auch General Clay angebetet hat. Ein Beispiel, das Schule machen sollte hat die Amt für Wirtschaft in Hamburg gegeben: Es hat mit solch einer Wirkung über die Entwicklung läßt sich an Hand der Repräsentativität nicht geben. Jedenfalls wissen wir, daß die Ertragssteigerung rasche gemessen sind, daß aber andererseits kaum ernste Ansatze zum Sparen gezeigt werden, ja, daß sogar an einigen Stellen Ausgabenüberhöhungen stattgefunden haben.

Wir wollen nun einige Zahlen aus dem Bericht folgen lassen. Bei den 112 Kreditinstituten haben sich die Forderungen vom 10. Juli mit 236,2 auf 712,3 Mill. DM um 15, 8%, die sonstigen Gläubiger in der gleichen Zeit von 364,4 auf 1 276,8 und die Sperrleistungen von 34,3 auf 197,8 Mill. DM erhöht. Die Einlagen von Kreditinstituten bei den Girozentralen liegen im ganzen Juli mit etwas über 400 Mill. DM unverändert.

Über die Entwicklung der Kredite äußerte sich der Vorsitzende des Zentralbankrates Berndt und der Generaldirektor der Länderbank Dr. Weede. Aus den Ausführungen wird unsere Leser interessieren, daß wohl das Kreditvolumen sich dauernd ausweitete, aber stetig und gleichmäßig. Diese Konstanz in der Entwicklung des Kreditgeschäftes, das sich schon im Juli zeigte, ist auch im August und in der ersten Septemberhälfte charakteristisch gewesen. Es gab keine sprunghafte Entwicklung. Der wöchentliche Zugang an Neukrediten lag bisher zwischen 100 und 150 Mill. DM. Mitte September beliefen sich Wechsel- und Kontokorrentkredite auf etwas über 1 Mrd. DM.

Der Erfolg der Frankfurter Herbstmesse 1948, über die wir in der letzten Ausgabe bereits ausführlich berichteten, übertrifft nicht nur hinsichtlich der Besucherzahl, sondern vor allem durch die Höhe der Abschlüsse, die während der 4 Tage getätigt wurden, alle früheren Veranlassungen der Nachkriegszeit. Mit 200 000 Einkäufern und Interessenten wurde ein Rekord in der 700-jährigen Geschichte der Frankfurter Messe erzielt. Der Besucheransturm entspricht der Verkaufserfolg der Inlandsmesse besitzt sich nach Mitteilung des Messeamtes auf über 600 Mill. D-Mark. Einzelne Firmen konnten Umsätze von 2 Mill. D-Mark und mehr erzielen.

Wir werden also unsere Produktion steigern und wir werden versuchen, bald auf den Stand von 1938 zu kommen, allerdings wird auch dann die Verhältnis von Sozialprodukt zu Lohn immer noch ungunstiger sein als 1938. Die von Erhard genannte Zahl von etwa 30 Mrd. DM besagt nicht viel, das Gefühl hatte er wohl selbst, da er erklärte, die angeblich die Einkommenssteigerung entbehre jeder Grundlage.

Das scheint uns neben der Produktionssteigerung und der Senkung der öffentlichen Lasten das Kernproblem unserer Wirtschaft zu sein. Die Währungsreform hat uns den Weg zu einer gründlichen Einkommenssteigerung sehr erschwert. Die sozialen Belastungen sind dadurch noch höher geworden, als wie sie schon ohnehin durch den Krieg geworden sind. Wir können auch mit diesem Problem fertig werden, vor allem dann, wenn wir der Wirtschaft, wonach wir Löhne und Preise in gleicher Weise meinen, die nötige Freiheit lassen.

Das Geschäft in Lederwaren und Bekleidungsartikeln trotz der sehr hohen Preise einen unerwarteten Umfang, was gegen sich bei Schüssen außer erheblichen Bekleidungsartikeln die ständig steigenden Preise stören wirkten.

Groß waren Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände bei Spielwaren, Lehrmitteln und Kinderbüchern. Bis weit in das nächste Jahr hinein sind die Kräfte hier mit Aufträgen versorgt, was besonders bei Kinderbüchern und technischen Spielzeug gilt.

Die zum Teil weit bewirtschafteten Nahrungs- und Genussmittel konnten verhältnismäßig nur mittlere Umsätze erzielen. Auch hier waren nur noch Markenartikel von friedenstiftender Qualität beliebt.

Der gewaltige Erfolg im Lebensmittelbereich, der in diesem Ausmaß nicht erwartet wurde, zeigt klar, wie stark der Mangel an Verbrauchs- und Produktionsgütern ist, aber auch wie wenig das geringe Produktionsvolumen unserer Industrie diese große Nachfrage befriedigen kann. So ist auch ersichtlich, daß der Preis bei vielen Geschäftsbereichen nicht die alleinige Spielrolle, die ihm eigentlich zusteht.

Das Exportgeschäft, das unter dem bekannten Schwierigkeitsstand zu leiden hatte, beläuft sich auf nur 5,5 Mill. DM, doch handelt es sich hier um feste Abschlüsse, die mit Sicherheit auf Importleistungen rechnen dürfen. Auch die der Wertung der Exportgeschäfte, die auf der Messe eingeleitet wurden, ohne aber

aus formalen Gründen — bereits zum Abschluß gebracht werden zu können, sehr beachtlich. Hier handelt es sich vor allem um Maschinen, Ersatzteile, mod. Instrumente, Pharmazeutika, Chemikalien, Porzellan, Glas und Spielwaren, um anderen Waren gegenüber, durch die Umsatzsteigerung begünstigt werden.

Zahlreich vertreten ausländischen Firmen erklärten bei Abschluß der Messe Überzeugung, daß sie trotz zahlreicher Schwierigkeiten sowohl mit ihrem Geschäftsergebnis als auch mit dem Gesamtstand der Messe mehr als zufrieden seien. Die Importländer, die von deutschen Firmen gestellt wurden, erstreckten sich zu etwa 80% auf Textilwaren und Oberstoffe. Daneben spielten auch Chemikalien und Lebensmittel aus Holland, Hanfprodukte aus Italien, Schwämme aus Griechenland sowie Nahrungs- und Genussmittel aus Frankreich eine größere Rolle. So belief sich eine französische Firma auf 20 000 Flaschen besten Markenbieres zum Preis von 8 Mark (ohne Zoll und Brantweinsteuer) für Frankfurt. Überhaupt ist die Frankfurter Herbstmesse, was den Außenhandel betrifft, eher eine Import- als eine Exportmesse.

Durch den befriedigenden Ausgang der Messe verleiht, beantragt eine Reihe von Firmen schon jetzt Standbuchungen für die kommende Frühjahrsmesse; denn die Erfahrungen haben gezeigt, daß für den außerordentlich starken Anstieg die verfügbare Fläche nicht ausreicht. Die steigenden Preisen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinsichtlich Organisation und Abwicklung nicht alle Klagen, wie es von einer derartigen Ausstellung hätte erwartet werden müssen. Die Leipziger Messetradition mit ihrem gut eingeleiteten Apparat und der Gegenüber ihrer Arbeiter wurde noch nicht erreicht, was zum Teil auf der Zurückhaltung verantwortlicher Kreise beruht, die einen Fehlschlag befürchteten. Doch ist zu hoffen, daß die Bedeutung der Frankfurter Messe erkannt wurde und es, verbunden mit der richtigen Verteilung der aufzuwendenden Mittel, künftig die aufgetretenen Mängel vermieden werden.

Bei uns spielt vorläufig das Wort Konjunktur keine Rolle. General Clay hat erklärt, daß die deutsche Industrieproduktion jetzt 87% des Standes von 1938 erreicht habe und wir uns Gedanken darüber machen sollten, daß sie auf 100% erhöht werden kann, zumal in vielen Industriezweigen überhaupt keine Produktionsbeschränkungen bestünden, so daß die Zukunft unserer Industrie gesichert sei. Er gibt sogar schon deterministische Betriebe in der US-Zone, die bereits wieder zu 62% in den Produktionsprozess eingeschaltet werden könnten. Diesen Appell General Clays hat Dr. Erhard vorweggenommen, als er auf einer Wahlversammlung erklärte, man würde jetzt mit dem „Jedermannprogramm“ nicht mehr warten, bis die vorgesehenen Rohstoffmengen verarbeitet seien. Die Produktion für dieses Programm werde aus vorhandenen Beständen hergestellt, und je mehr Ware die Unternehmer herausgeben, um so größer würden die Rohstoffmengen sein.

Das Geschäft in Lederwaren und Bekleidungsartikeln trotz der sehr hohen Preise einen unerwarteten Umfang, was gegen sich bei Schüssen außer erheblichen Bekleidungsartikeln die ständig steigenden Preise stören wirkten.

Die zum Teil weit bewirtschafteten Nahrungs- und Genussmittel konnten verhältnismäßig nur mittlere Umsätze erzielen. Auch hier waren nur noch Markenartikel von friedenstiftender Qualität beliebt.

Die zum Teil weit bewirtschafteten Nahrungs- und Genussmittel konnten verhältnismäßig nur mittlere Umsätze erzielen. Auch hier waren nur noch Markenartikel von friedenstiftender Qualität beliebt.

Die zum Teil weit bewirtschafteten Nahrungs- und Genussmittel konnten verhältnismäßig nur mittlere Umsätze erzielen. Auch hier waren nur noch Markenartikel von friedenstiftender Qualität beliebt.

Rekorderfolg der Frankfurter Messe

Der Erfolg der Frankfurter Herbstmesse 1948, über die wir in der letzten Ausgabe bereits ausführlich berichteten, übertrifft nicht nur hinsichtlich der Besucherzahl, sondern vor allem durch die Höhe der Abschlüsse, die während der 4 Tage getätigt wurden, alle früheren Veranlassungen der Nachkriegszeit. Mit 200 000 Einkäufern und Interessenten wurde ein Rekord in der 700-jährigen Geschichte der Frankfurter Messe erzielt. Der Besucheransturm entspricht der Verkaufserfolg der Inlandsmesse besitzt sich nach Mitteilung des Messeamtes auf über 600 Mill. D-Mark. Einzelne Firmen konnten Umsätze von 2 Mill. D-Mark und mehr erzielen.

Die wermtig höchsten Umsätze erzielte die Gruppe Textilien, wobei hier Geschäftschlüsse durch die schwierigen Rohstoffverhältnisse sehr erschwert und viele Aussteller schon nach zwei Tagen ausverkauft waren. Dem Gesamtmarkt des Auslandes wurde hier verhältnismäßig weitgehend entgegengekommen: trotzdem wurden größere Exportgeschäfte nicht getätigt.

Infolge des Aussteller der technischen Messe, die sich auch starker Auslandsnachfrage gegenübersehen, Einkäufer aus der franz. Zone seien mit hohen Abschlüssen in Werkzeugen, Werkzeug- und Antriebsmaschinen auf.

Das Geschäft in Lederwaren und Bekleidungsartikeln trotz der sehr hohen Preise einen unerwarteten Umfang, was gegen sich bei Schüssen außer erheblichen Bekleidungsartikeln die ständig steigenden Preise stören wirkten.

Groß waren Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände bei Spielwaren, Lehrmitteln und Kinderbüchern. Bis weit in das nächste Jahr hinein sind die Kräfte hier mit Aufträgen versorgt, was besonders bei Kinderbüchern und technischen Spielzeug gilt.

Die zum Teil weit bewirtschafteten Nahrungs- und Genussmittel konnten verhältnismäßig nur mittlere Umsätze erzielen. Auch hier waren nur noch Markenartikel von friedenstiftender Qualität beliebt.

Der gewaltige Erfolg im Lebensmittelbereich, der in diesem Ausmaß nicht erwartet wurde, zeigt klar, wie stark der Mangel an Verbrauchs- und Produktionsgütern ist, aber auch wie wenig das geringe Produktionsvolumen unserer Industrie diese große Nachfrage befriedigen kann. So ist auch ersichtlich, daß der Preis bei vielen Geschäftsbereichen nicht die alleinige Spielrolle, die ihm eigentlich zusteht.

Das Exportgeschäft, das unter dem bekannten Schwierigkeitsstand zu leiden hatte, beläuft sich auf nur 5,5 Mill. DM, doch handelt es sich hier um feste Abschlüsse, die mit Sicherheit auf Importleistungen rechnen dürfen. Auch die der Wertung der Exportgeschäfte, die auf der Messe eingeleitet wurden, ohne aber

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Gutenbergstr. 66. Kreisvertrieb: Dr. H. F. Geller, Badener Hof, Zentralfachvermittlung, Stuttgart. Einzelne in Baden, Bielefeld, Bonn, Bremerhaven, Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden, Zürich. Die Bezüge von Büchern, Zeitschriften, etc. sind nicht zu Rücksendung unzulässig. Einzelne in Baden, Bielefeld, Bonn, Bremerhaven, Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden, Zürich. Die Bezüge von Büchern, Zeitschriften, etc. sind nicht zu Rücksendung unzulässig. Einzelne in Baden, Bielefeld, Bonn, Bremerhaven, Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden, Zürich. Die Bezüge von Büchern, Zeitschriften, etc. sind nicht zu Rücksendung unzulässig.

Neue Hoffnungen an Rhein und Ruhr

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

Der von uns vor kurzem angekündigte Besuch der Generale Clay und Robertson in Essen und Düsseldorf hat am Montag und Dienstag stattgefunden. Im Mittelpunkt ihrer Besichtigungen und Erörterungen standen die vielen Probleme der Kohlen- und Eisenindustrie, die unser Korrespondent im Ruhrgebiet laufend behandelt und noch häufig in seinem Artikel „Generale an Rhein und Ruhr“ (Ausgabe Nr. 35 vom 27. August) zusammenfassend dargestellt hat, und von denen man dringend hoffen möchte, daß sie auf Grund des Generalbesuches endlich einer Lösung zugeführt werden. In dieser Hinsicht kann der Verlauf des Besuches als ermutigend bezeichnet werden.

Essen, den 12. Oktober 1948. Nachdem ein Sonderausschuß des Wirtschaftsrates und Vertreter des Verwaltungsrates in Frankfurt sowie seiner unmittelbar

anschließend die Ministerpräsidenten aller Länder der drei westlichen Besatzungszonen vor einigen Monaten sich in Essen und Düsseldorf auf Grund von

von diesem Besuch in Essen und Düsseldorf vorweggenommen, so möchten wir sagen, daß sie zumaligen waren und möchten hoffen, daß sie zu wirksameren Ergebnissen führen werden als die Erörterungen der oben genannten deutschen Behörden und Personalitäten.

Die Generale trafen auf Villa Hügel mit dem Vertreter der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung unter Führung von Generaldirektor Kott, des Industrieverbandes Bergbau (Gewerkschaft der Bergarbeiter) unter Führung von Vorsitzenden August Schmidt, des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Führung seines Vorsitzenden Dr. h. c. Böckler, ferner der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt und der Regierungen der Länder der Doppelzone zusammen. Im Mittelpunkt der Erörterung stand die Versorgungslage der Ruhrbevölkerung und der Bergarbeiter in besonderer Weise, die Notwendigkeit der schnellsten Lösung des Wohnungsproblems, die Erhaltung der wesentlichen technischen Ausrüstung vor Ort und über Tage sowie gewisse psychologische Gesichtspunkte, die aus den derzeitigen Fortschritten nach einer besondern Form der Ruhrkontrolle und der Unklarheit der kommenden Besitzverhältnisse erwachsen sind. Auch die während der Demonstrationen und der Besatzung im Ruhrgebiet, die Notwendigkeit der schnellsten Lösung des Wohnungsproblems, die Erhaltung der wesentlichen technischen Ausrüstung vor Ort und über Tage sowie gewisse psychologische Gesichtspunkte, die aus den derzeitigen Fortschritten nach einer besondern Form der Ruhrkontrolle und der Unklarheit der kommenden Besitzverhältnisse erwachsen sind. Auch die während der Demonstrationen und der Besatzung im Ruhrgebiet, die Notwendigkeit der schnellsten Lösung des Wohnungsproblems, die Erhaltung der wesentlichen technischen Ausrüstung vor Ort und über Tage sowie gewisse psychologische Gesichtspunkte, die aus den derzeitigen Fortschritten nach einer besondern Form der Ruhrkontrolle und der Unklarheit der kommenden Besitzverhältnisse erwachsen sind.

genachbart mit den Belangen des Eisen- und Stahlindustrie betraut ist, sowie die Vertreter der Gewerkschaften. Die Note der Eisen- und Stahlindustrie sind wiederum weit anders als die der Kohlenbergbau, doch liegen sie in den Sachverhältnissen für die Voraussetzungen einer vermehrten Produktion auf der gleichen Ebene. Auch hier handelt es sich um eine gewisse technische und psychologische Hemmnisse auszumachen, die der allgemeinen und individuellen Leistungssteigerung entgegenstehen. Es sind hier die Fragen der Versorgung mit Kohle, Eisen, Schrott und Energie und nicht zuletzt der Demonstrationen und Investition, die von ausschlaggebender Bedeutung sind. Das den Generalen vorgelegte Material ließ an überzeugender Eindrücklichkeit nichts zu wünschen übrig. Man darf erwarten, daß auch dieser Besuch der Generale am Rhein zu Ergebnissen führt, die hier sehr bald erwartet werden und ohne die die Stahlproduktion auf die Dauer nicht in ihren steigenden Tendenz gehalten werden kann.

Beide Generale brachten ihre Anerkennung über die bisherige Leistung des Bergbaus zum Ausdruck. Im Lauf des Jahres 1948, so sagte Robertson, müßte es möglich sein, eine Tagesproduktion von 350 000 t zu erreichen. Auf die Hinweise der Gewerkschaften über die Besitzverhältnisse im Bergbau erklärte er, daß die Entscheidung einer westlichen oder einer gesamtdeutschen Volksvertretung überlassen werden sollte. Er hielt es aber jetzt schon als feststehend, daß frühere Besitzer, die den Nationalismus gefördert haben, nicht mehr in ihre Rechte kommen würden. Die Generale kündigten eine Interimseinigung an, über welche Einzelheiten in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. — In einer Pressekonferenz erklärte General Clay anschließend zum Stahlproblem, daß die Militärregierungen nach wie vor eine Stahlproduktion der Doppelzone von jährlich 18,7 Mill. t zuzüglich einer Überkapazität von 20% für ausreichend halten. Im Hinblick auf die Demonstrationen wie General Clay darauf hin, daß der Verwalter des ERP die endgültige Entscheidung über die Demonstrationen zu fällen habe.



Westdeutscher Stahlbedarf: über 14 Mill. t

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

Die Verwaltung für das europäische Hilfswerk hat einen langfristigen Plan für die Nahrungsmittel- und landwirtschaftlichen Wirtschaft beim Wiederaufbau Europas aufgestellt und darin die Zahlen für den Investitionsbedarf und das Produktionsniveau der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie festgelegt. Dieser als „Long-Term-Programm 1952/53“ bezeichnete Plan hält in den 3 Marshallplan-Jahren von 1. Juli 1948 bis 30. Juni 1953 langfristige Investitionen in Deutschland in Höhe von 34 Mrd. DM für notwendig. Er weist ausdrücklich darauf hin, daß dieser Betrag unabhängig von den Mitteln zur Verfügung stehen muß, die für die laufende Unterhaltung, Erneuerungen und üblichen technischen Verbesserungen von Anlagen und Maschinenpark bereitgestellt werden müssen. Die Zahlen sind außerdem aufzubereiten und lassen bessere Werte Rückschlüsse zu. Wir geben sie in folgendem u. a. wieder:

	Milliarden DM
Wohlführgut	4,0
Öffentliches Bauen	2,5
Elektrizitätswirtschaft	2,5
Fischfangwirtschaft, Handel, Handwerk, Verkehrsbetriebe usw.	2,0
Reisebahnen	1,6
Landwirtschaft	1,5
Gas- und Wasserwirtschaft	1,5
Eisen- und Stahlindustrie	1,0

Zur Verwirklichung dieser Investitionen sind Stahlmengen in Höhe von 8 Mill. t, und für die Betriebsmittel sowie Unterhaltung sind 17,8 Mill. t Stahl notwendig. Das bedeutet für den

gesamten Zeitraum von 3 Jahren eine Menge von 26,3 Mill. t oder rd. 9 Mill. t Stahl jährlich. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß man von der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie Stahlmengen in die Marshallplanländer im Rahmen des europäischen Hilfswerkes verlangt. Es dürfte nicht unrichtig sein, wenn man diese Mengen in einer Größenordnung von rd. 2,5 Mill. t sieht. Fernerhin muß die Eisen- und Stahlindustrie eine Menge Stahl in ungefähr gleicher Höhe für die Konsumgüterindustrie zur Verfügung stellen. Wenn die vorgeschriebene Investition und das angeforderte Produktionsniveau von Stahl einen Sinn haben sollen, so muß der Bedarf für die Ausrüstung und für die Konsumgüterindustrie zusätzlich gedeckt werden. Das würde bedeuten, daß der gesamte Stahlbedarf mit jährlich über 14 Mill. t zu veranschlagen wäre. Das ist genau die gleiche Zahl, die vor Jahren schon von sachverständiger Seite innerhalb der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie als Mindestanforderung des Produktionsniveaus bezeichnet worden ist, ohne die ein Wiederaufbau Deutschlands und Europas und eine Einschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft undenkbar sind.

Die längste sprunghafte Steigerung der Produktion von Stahlblech und Rohstahl schied im Hinblick auf die oben genannten 9 Mill. t zu Hoffnungen zu berechtigen. Immerhin muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die augenblicklich vorliegende Versorgung der Eisen- und Stahlindustrie mit Brennstoffen über der vor-

Am Dienstag trafen die Militärregierungen im Stahlhof in Düsseldorf mit führenden Persönlichkeiten der Eisen- und Stahlindustrie zusammen. Zu einer gemeinsamen Konferenz mit ihnen waren eingeladen worden. Vertreter der Wirtschaftsvereinigungen Eisen- und Stahlindustrie, die die Repräsentation der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie darstellt, Vertreter der „Trümmerverwaltung im Auftrag der North German Iron and Steel Control“, die die besonderen Belange der englischen Werke wahrzunehmen hat, Vertreter des Verwaltungsrates für Stahl und Eisen, die als Düsseldorf-Außenstelle der Verwaltung für Wirtschaft in beförderlicher

300 000 t Kohle - Tagesförderung

Fernziel im Kohlenbergbau 450 000 t täglich

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

Essen, Mitte Oktober 1948. „Es ist zwar eine Schätzung, aber es liegt begründete Aussicht vor, daß die 300 000 t-Grenze der Tagesförderung im Kohlenbergbau der Nordzone Ende Oktober endgültig erreicht und überschritten wird“, erklärte Mr. Collins, der britische Leiter der UK/US Kohlen Kontroll Gruppe auf der ersten Pressekonferenz seit vielen Monaten auf Villa Hügel. Er fügte hinzu, die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung habe dieses Ergebnis am Ende des Jahres erwartet, aber die Förderung in der letzten Zeit sei wegen so erheblicher Anstrengung der Bergarbeiter, daß die lang umstrittene

300 000 t Kohle - Tagesförderung

Fernziel im Kohlenbergbau 450 000 t täglich

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

300 000 t-Grenze mit großer Sicherheit nunmehr bald überwunden sei. Im September habe die Tagesförderung im Durchschnitt bereits 297 727 t betragen, und in der Zeit vom 1. bis 6. Oktober sei der Durchschnitt 293 000 t gewesen, am 8. Oktober habe die Förderung schon wieder bei über 297 000 t gelegen. Die verbesserte Förderung habe sich auch in einer höheren Zuteilung ausgewirkt, und es sei besonders zu beachten, daß sie nicht durch besondere Anspornaktionen, sondern nur durch den Anreiz der neuen Währung erreicht sei. Auch der Wagenstand und der Umschlag der Schiffe hätten sich erheblich erhöht, und dieser Erfolg habe einen sehr wichtigen Einfluß auf die Stahlproduktion ausgeübt. Man sehe dazu die entscheidende Bedeutung der Kohlenförderung, und deshalb gelte auch der Besuch der Generale Clay und Robertson in erster Linie dem Ziele, nach den Möglichkeiten einer weiteren Kohlenförderung zu suchen.

In der Aussprache sahen die Schriftleiter Bezug auf eine Ausrückung des General Clay in Paris, wonach er der Auffassung sei, daß die Kohlenproduktion höher wäre, wenn der Bergbau besser behandelt würde. Ohne auf diese Bemerkung, deren korrekte Übersetzung unklar ist, einzugehen, meinte Mister Collins, nach seiner Ansicht würden die Bergleute besser behandelt als alle anderen Berufsstände. Ihre Leistungen je Mann und Schicht könnten höher sein, allerdings unter den Lebensverhältnissen nicht überall zufriedenstellend und vor allem sei die Unterbringung noch vielfach mangelhaft, aber dem Wohnungsproblem werde die größte Aufmerksamkeit beigegeben, so daß sich die Wohnverhältnisse bald bessern würden. Gemäß der französischen Vorwürfen, daß die Leistungen der Bergarbeiter zu wünschen übrig ließen, von Gründen mangelnder Disziplin brachte Mr. Collins zum Ausdruck, daß nach seiner Ansicht die allgemeine Moral und Disziplin keinesfalls als schlecht angesehen werden könnten. Die Zechenleitungen und die Arbeiter gäben sich alle Mühe, wieder anzukommen. Auf eine Bemerkung des General Robertson, die in der Pressekonferenz nicht wurde, der Bergbau würde besser fördern, wenn er würde, daß mehr Kohle für Deutschland verwendet würde, bemerkte Mr. Collins, daß die Zuteilungen für Exportkohle und Exportkohle nach der bekannten Staatsratsregel seien und es für Deutschland notwendig sei, diese Kohle zu beschaffen. Es komme eben alles auf die Erhöhung der Kohlenförderung an. Das gelte sowohl für die industrielle Zuteilung wie auch für den Hausbedarf. In seinen weiteren Ausführungen trat er den Befürchtungen entgegen, daß der

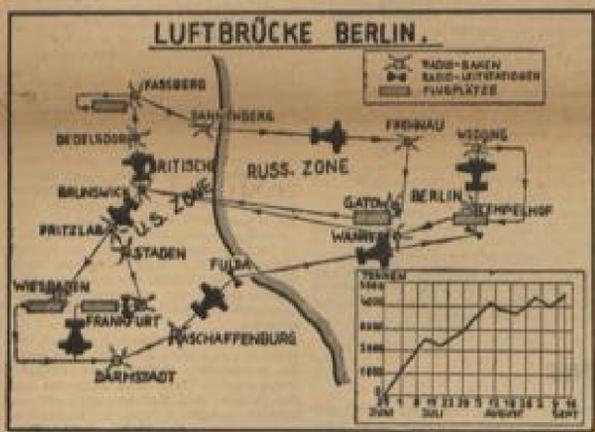
nien und Frankreich zur vollen Einstellung bestimmter Demonstrationen aufzufordern, wenn nach seinem Urteil ein solcher Schritt zum europäischen Wiederaufbau beiträgt. Hoffman soll dem europäischen Staatsrat nahelegen, diese Angelegenheit nach vor der nächsten Sitzungsperiode des Kongresses im Januar zu erledigen. Eine Gruppe von Ingenieuren der US-Armee hat sich zur Unterstützung Hoffmans bereits nach Deutschland begeben. In Washington ist man der Ansicht, daß England und Frankreich, die ursprünglich einen Demonstrationstop forderten, nunmehr zu gewissen Zugeständnissen bereit seien.

Schicksal für Stahl und Eisen

Für die in Berlin auszustellende Schicksal für Stahl und Eisen mit dem Ausdruck „War in Berlin gültig“ gilt ab 1. Oktober ein vereinfachtes Verfahren. Die Besatzungsbehörden sind künftig 3 Monate gültig und die Eisenbesitzer 4 Wochen.

Unstimmigkeiten wegen des deutschen Schrotts

Washington, Infolge des Verbots, Ausfuhrkontrollen für Schrott aus der Doppelzone auszustellen, ist in den USA Schrottmarkt eingestürzt. Großbritannien dagegen erhält nach Mitteilung eines Kongressmitgliedes 200 t Schrott täglich, die nicht unter das Ausfuhrverbot fallen. Das Ausfuhrverbot habe, wie weiter mitgeteilt wird, wegen englischer Manipulationen erlassen werden müssen und bis jetzt keine Einigung erzielt werden können.



Am Ausguck: Die Rheinlinie

Die jüngsten Tage waren von positiven Ergebnissen, aber reich an Bedenken und Entwicklungen, die vielleicht einmal von größter Bedeutung sein können. Besonders stichwortartig war Churchill's Einstellung zur britischen Politik gegenüber der Sowjetunion, in der es eine noch entscheidendere Stellungnahme forderte und sein Überblick über die allgemeine politische Lage, deren Bilanz abschließend mit dem Satz durch Logik sondern zu durch beide Tatsachen geleitet werden können.

Zwar hat Frankreich seine Anforderungen um einen Ausgleich zwischen Ost und West immer noch nicht erlassen lassen. Die Freiburger Tagung der Europäer mit der bedeutsamen Rede François Perceps könnte im Westen immer noch eine Ausgleichsmöglichkeit bestehen, wie im praktischen Politischen die Erklärungen Robert Schumann bei seinem Besuch in Koblenz. Immer noch hält Frankreich den Schlüssel zu einer europäischen Verständigung in Händen. Doch es ist damit, dem Moskauer Ziele und Methoden verwerpen den Staaten wie jedem ihrer Bürger selbst den Weg zu einem friedlichen Ausgleich oder in die Neutralität immer mehr. Die einzigen den Mann wie auch den einzelnen, das, sich für den Osten oder Westen zu entscheiden. So hat auch England, das Jahre hindurch gläubig, eine Vermittlerrolle zwischen den USA und dem Sowjetunion zu können, seine Unterwürfigkeit unter die Anklage setzen müssen, die dem schwachen Weltfrieden im „Falle Berlin“ überwindet wurde. Auch steht die angeblich in London tagende Dominikan-Konferenz unter dem dringenden Zwang, mit allen Mitteln das gesamte Commonwealth vor der kommunistischen Bedrohung zu schützen. Die nördlichen Staaten, die sich bis jetzt zur Sicherung gegenüber einer drohenden Aggression an ihrer Neutralitätspolitik festhalten beabsichtigen waren, sehen sich

zunehmend festgelegt, Verteidigungspläne koordiniert und Ziffern veröffentlicht, durch die demonstriert werden soll, daß der Westen dem Osten militärisch unterlegen sei. Man spricht davon, daß der Zeitpunkt einer Wiedereröffnung militärischer Pacht-Verhandlungen, völlig unabhängig von den Lieferungen der Marshall-Planes, und eine formelle Unterzeichnung der Westunion durch eine amerikanische Alltagsparole oder eine über den Rhein oder die Pyrenäen als Verteidigungspläne in Betracht zu ziehen seien. Im Unterschied zu früheren Plänen scheint man jetzt übereingekommen zu sein, die Rheinlinie zu halten. Französische Kommandos hingegen haben der Teilnahme des eigenen Landes an dem gemeinsamen Verteidigungsplan der Westlichen Union den offenen Kampf angelegt.

Als seine erste Ziel betrachtet der Verteidigungsplan die Wiederaufstellung der englischen und französischen Armeen und man hat, kaum daß die Truppe unter dem Urteil des internationalen Nürnberger Gerichtshofes trocken geworden ist, hinaus, daß alle diese militärischen Pläne weniger bedeuten, daß die führenden Stellen in schneller Zeit mit einem Angriff rechnen, sondern daß es eben zu den normalen Gegenüberweisen von Generalstabes gehört, für alle Eventualitäten Pläne zusammenzusetzen. Dennoch scheint die Verletzung in jene Kräfte, die zum wirklichen Handeln der modernen Welt von ihrem Übermaß, sich in Frieden und Würde zu setzen, erzwungen lassen, sehr schwer zu sein. François Perceps formulierte es in Freiburg anders. Nach seiner Ansicht ist der Nationalismus nur der deutsche Ausdruck einer auch außerhalb Deutschlands bestehenden Krise und Krankheit. Unsere Kenntnis der momentanen Politik reißt hier nicht aus, um Vermutungen anzustellen, welche die Auswirkungen all dieser militärischen Pläne sein werden. Leichter es zu beschreiben, wie so den ausländischen Zeitungen davon gesprochen wird, auf welche Weise der Westen sich zu verteidigen gedenkt. Zunächst

kommt in den Artikeln die große Sorge zum Ausdruck, Europa vor der bolschewistischen Gefahr zu retten, ein Argument, mit welchem auch das Dritte Reich versuchte, die moralischen Kräfte des deutschen Volkes für seine Zwecke auszunutzen. Deutsche Soldaten standen sie auch nicht wegen Herrn Hitler oder seiner Genossen der Welt bedroht zu sein. Die Kräfte, die sie hierzu herangezogen, lagen eben in jedem Argentinier Europa vor der Selbstzerstörung zu retten. Dann wird, was uns weiter auffallen ist, bei der Analyse aller Verteidigungspläne immer von Rhein oder den Pyrenäen gesprochen. Was das Deutsche spricht man nicht. Sie scheinen in Niedermundland zu wohnen. Oder hat man sie gar schon abgeschrieben? Kurt Wüster, daß das Beispiel des um seine Freiheit ringenden Berlin im Westen Deutschland keine Schule macht, und daß die Grundkraft der Deutschen in den von demokratischen Ideen geprägten Parteiprogrammen nicht zu finden vorrang. Die das sie sich einsetzen können. Reglement kann man sich nur für Dinge, die man beschreiben kann. Wie und wo soll der heutige Deutsche die Demokratie nicht haben? Nach der Währungsreform? An der Rheinlinie oder an den Pyrenäen? Muß denn nicht bei vielen Deutschen der Eindruck entstehen, man betrachte sie nur als Mittel zum Zweck, wenn man noch einige Milliarden Dollars in einem Gebiet investiert, das lediglich ein Verfall des Verteidigungsrumes darstellt? 1943 lag Asien-Grenzen noch an der Elbe. 1948 soll sie am Rhein oder an den Pyrenäen liegen. In diesem Falle dürfte man sich nicht wundern, wenn bei einem Teil der Deutschen die Hoffnung schwanden würde, daß der Westen sie vor der bolschewistischen Gefahr zu schützen vermöge.

Meist als bisher müde der Westen den Willen zeigen, Westdeutschland zu verteidigen. Wenn nicht anders, so in dem zu rechnen, daß die Kräfte, die uns heute noch das Abwarten ermöglichen, eines Tages sich in Hoffungslosigkeit und Verzweiflung auflösen. Dann wäre die Bahn für den Osten frei.

Handel durch den Eisernen Vorhang

Die Große Konferenz der Europäischen Wirtschaftskommission, die auf Anregung der Vereinten Nationen einberufen wurde, um die Möglichkeiten einer Eröffnung des Ost-West-Handels zu prüfen, hat bei einem großen Aufbruch von Wirtschaft und Finanzkreisen der beteiligten Länder nur ein mageres Ergebnis gemeldet. Man zeigte sich darin, ein Komitee zur Förderung des Handels einzusetzen. Es soll die Funktion eines beratenden Organes zwischen Empfehlungen, welche die Wirkung haben könnten, die souveränen Rechte irgendeines Staates zu verletzen, dürfen von ihm nicht formuliert werden.

Nunmehr, da die Konferenz beendet ist, müssen sich im Osten wieder die Angebote auf die Marshall-Plan-Hilfe, um sich bei näherer Betrachtung der heutigen wirtschaftlichen Lage Europas diese Hilfe überhaupt erst die Voraussetzungen für einen verstärkten Güterverkehr zwischen Ost und West schaffen kann. Letztes Ende kommt eine wirtschaftliche Stärkung des Westens auch den anderen Ländern zugute. Man kann die Herbeiführung dieser Angriffe, wie z. B. den die tschechische Ministerpräsidenten, daß die Tschoslovenen den Marshall-Plan einer "Wahrnehmung", nämlich der Freigabe der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsrechte, weigern abgelehnt haben, und daß dunkle Wolken einer aufstrebenden Wirtschaftslage eher drohend am westlichen Horizont stehen, ohne weiteres gegenseitig in den Köpfen der Konsum-Propaganda. Die Tschoslovenen sind viel überzeugter. Der Krieg selbst hat bisher noch immer den Dollar zur Rechnungsgrundlage seiner Auslandskonten gemacht, und es hat weder der Tschoslovenen noch anderen Ländern seiner Einflussnahme die Annahme von Dollars verweigert.

Wie gesagt — und das kann man ohne weiteres an den Neiz der Handelsverträge feststellen — bemüht sich der Osten

um einen stärkeren Güterverkehr mit dem Westen, ebenso ist auch den westeuropäischen Ländern an diesem Austausch gelegen. Allerdings ist der Umfang dieses Güterverkehrs auch viel zu wünschen übrig. In der Hauptsache liegt das daran, daß die Ostländer auch nicht ihre volle Lieferfähigkeit, z. B. in landwirtschaftlichen Produkten, wieder erreicht haben, während sie andererseits beträchtliche Lieferverpflichtungen der Sowjetunion gegenüber eingegangen sind.

Sehr hinderlich war der Wiederantritt normaler Handelsbeziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Ländern auch die Beschneidung der ausländischen Besätze. Im Zuge der Handelsvertragsverhandlungen mit den westeuropäischen Ländern wurde diese Frage jeweils von Land zu Land behandelt und es sind bereits gewisse Erfolge erzielt worden. So werden insbesondere von jugoslawischer Seite die Handelsvertragsverträge von Seiten der USA befristet. Demnach würde in den letzten Tagen auch ein entsprechende Abkommen mit der Schweiz abgeschlossen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit England, die gerade wegen Meinungsverschiedenheiten über Abgrenzung britischer Werte in Jugoslawien länger Zeit dauern, sind vor kurzem wieder in Gang gekommen. Grundrhythmen verläuft als Beibehaltung für die Gesamtzahl englischer Besätze — vorwiegend handelt es sich um die bekannten Blockzölle von Treps, die die Engländer zurückgefordert haben — rd. 12 Mill. Pfund, während diese Summe später jedoch auf 8 Mill. während die Jugoslawen nur einen Bruchteil dieses Anspruchs akzeptieren wollten. Nun scheint man sich, letztes Meistbietende zufolge, auf einer Basis von rd. 7 Mill. Pfund geeinigt zu haben. Diese Einigung scheint auch die Basis für ein neues umfassendes Güterauswärt-

kommen geteilt zu haben, das nunmehr abgeschlossen wurde und dessen Einzelheiten demnächst bekannt gegeben werden.

Weniger entgegenkommend scheint in dieser Beziehung Rumänien zu sein. Es hat sich zwar bereit erklärt, den verstaatlichten ausländischen Industriebetrieben in Rumänien zu erlauben, und zwar durch rumänische Handelsmittler, die Einfuhr dieser Gütergruppen mit den Gewinnen der verstaatlichten Betriebe zu versehen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese Betriebe in den nächsten Jahren Gewinn abwerfen werden, vor allem schon wegen der geplanten Investitionen z. B. in der Ölindustrie. Somit sind diese Verpflichtungen praktisch nicht zu verwirklichen. Kleinasien hat Rumänien, wie andere Länder im übrigen auch, seit Jahren keinen Eisenmarkt gestattet, geschweige denn Handelsbeziehungen durchführt. Wahr-

scheinlich aus diesem Grunde ist ein stärkerer und von Rumänien angestrebter Warenverkehr mit den USA und England noch nicht in Gang gekommen.

Unzweifelhaft haben in der letzten Zeit außer Jugoslawien auch Polen und die Tschechoslowakei größere Erfolge auf Handelsvertragsverhandlungen erzielt. So ist vor allem das neu aufgestellte polnische Handelsregime mit den westlichen Staaten beschleunigt. Vorwiegend sind die politischen Handelsbeziehungen zu Österreich, das nun systematisch den Handel mit dem EHP für Kohlenstoffe in Polen zur Verfügung stellen konnte. Auch der Güterverkehr mit England hat sich glänzend gestaltet. Polen liefert hauptsächlich Lebensmittel, wie Getreide, Geflügel, Kartoffeln, etc. während England auf Grund von Bankkrediten Polen wertvolle Gummi- und Wolkenstoffe zugeführt hat. Im ersten Vierteljahr 1948 erreichte

der zweiseitige Handelsverkehr etwa 11 Mill. Pfund. Also einen innerhalb schon beachtlichen Stand. Auf Erhebung von gebührender Höhe wird sich in den nächsten Tagen eine englische Delegation nach Warschau begeben, um neue Verhandlungen aufzunehmen, die zu einem erweiterten Austauschabkommen führen dürften.

Auch britisch-russische Besprechungen sind wieder in Gang gekommen. Vorher erfolgte zwar bloß eine Führungsnahme in London. Man hofft aber endlich zu einem langfristigen Handelsabkommen zu gelangen. Das künftige Abkommen hat wieder Erwartung genährt. Die Russen haben den Großteil der vorgehenden Getreidemengen geliefert, haben aber für den Gegenwert weniger Investitionen in England bezogen, sondern in der Hauptsache Rohstoffe, wie Gummi, Zinn, Wolle etc. Man sieht also, daß man sich trotz der Eröffnung der politischen Lage weiterhin ziemlich zögerig um den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West bemüht und daß diese Beziehungen nicht ganz ohne Erfolg bleiben.

Malis-Exporte

Die amerikanischen Landwirtschaftsministerien hat Ausfuhrerlöse für 43 900 t Malis für das letzte Vierteljahr dieses Jahres erzielt. Die Doppelmenge stellt 96 000 t und die französische Zone 9000 t. Mit Ausnahme von Deutschland und Ägypten werden die einzelnen Einfuhrländer den Malis als Viehdünger verwendet.

Zugleich wurde bekanntgegeben, daß von der diesjährigen amerikanischen Rekordmengen vermutlich 15 Mill. t dem Markt nicht sofort zugeführt, sondern von der Regierung im Rahmen eines Preisstützungsprogramms mit einem Aufwand von rund 800 Mill. Dollar übernommen werden.

Eine interessante Enquête

Paris. Der Nationalratratungsanstalt der französischen Industrie (CICQIS — Commission Générale d'Organisation Scientifique) hat zum Studium moderner amerikanischer Arbeitsmethoden der Industrie eine Gruppe französischer Industriemänner und Techniker nach den USA entsandt und die Ergebnisse ihrer Beobachtungen in einer zusammenfassenden Darstellung veröffentlicht. Der Bericht über diese Studienreise enthält u. a. folgende Sätze: „Der bedeutendste Faktor der Produktivität der amerikanischen Betriebe liegt in ihrer Menschführung. Die amerikanischen Betriebsführer weisen eine beachtenswerte Dynamik auf und zeigen sich ständig für neue Ideen und Vorschläge aufnahmefähig, um die Freude an der Gemeinschaftarbeit zu heben.“

Dann kommt, daß maßgebend für den Erfolg zu den besten Stellen in der amerikanischen Industrie ausschließlich Erfahrungen, Kenntnisse und tatsächliche Leistungsfähigkeit sind, nicht dagegen Diplome oder Titel, Erbschaft oder selbst Diplom. Jeder weiß, was man von ihm erwartet, und jeder wird über Pläne und Erfolge seines Betriebs auf dem laufenden gehalten.

Aus einer Reihe von mündlichen und schriftlichen Erörterungen läßt die Einzelwertung der amerikanischen Arbeiter über die des europäischen Kollegen.

Zu den materiellen Gründen gehören die größere Komfort im täglichen Leben, die bessere Hygiene, bessere und rationellere Ernährung, weniger störende Transportmittel. Bei den moralischen Gründen ist zu erwähnen, daß der amerikanische Arbeiter das Gefühl hat, sein Verdienst und seine Arbeit können ihn im Rahmen seines Betriebs zu den höchsten Stellen führen. Der Bericht enthält viele weitere Details, die hier nicht wiedergegeben werden können.

USA — Australien

Canberra. Der Handelsverkehr zwischen Australien und den USA geht nach oben, da von der Regierung die Kreditlinie mit wachsendem Nachdruck unterstützt wird. Im Jahre 1947 wurden 100 Millionen Dollar an Australien ausbezahlt, im Jahre 1948 sind 150 Millionen vorgesehen.

Spanien gewinnt an Bedeutung

Strategisch wichtig — Als Rohstofflieferant nicht zu verachten

Die Verteidigungspläne für Westeuropa, die mit der Kupplung der internationalen Lage immer mehr an Bedeutung gewinnen, liefern eine Berücksichtigung oder Einbeziehung der Pyrenäen-Halbinsel, vor allem Spaniens, nur Halbesche. Wir wissen hier nicht uninteressant, welche Position Mexiko heute in Europa einnehmen würde, wenn es ihm einseitig gelungene Wäre, in Spanien eine Vorkontingente zu erreichen. Fast steht heute, daß weniger künftige Kriege, und diese sind überwachend überwindlich in den von Europa weit entfernten USA zu finden, darauf drängen, die sich entwickelnde strategische Rolle nicht länger durch politische Rücksichten zu beschränken. So ergreift sich der republikanische Senats-Gesetz, der Vorsitzende des Senats-Wehrkommissionen, nach Rückkehr von seiner Europareise für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Spanien aus einem erklärten Farley, der früherer Vorsitzende der Demokratischen Partei der USA, er erfüllt sich freundschaftliche und strickendende Beziehungen zwischen den USA und Spanien.

Es sind nicht allein strategische Erwägungen, die heute Spanien wieder in den Vordergrund treten lassen, sondern auch gewichtige wirtschaftliche Überlegungen spielen eine Rolle, denn Spanien ist ein Land, das über wichtige Rohstoffe verfügt, die in der Rückentwicklung der westlichen Union einbindet, diese entscheidend stärken kann.

Spaniens Ausfuhr ist auf Kohle, Öl, Eisen, Frischenerze, Kork nicht zuletzt auf Escorpis, das Bergbau aufgebaut. Im Rahmen unserer Betrachtungen spielen die reichlichen Bodenschätze Spaniens eine Rolle, die zum Teil noch der Erschließung harren und denen die nachstehenden Ausführungen gewidmet sind.

Spanien ist reich an Erzkernen bester Güte; fast alle überaus vorkommenden Mineralien sind in seinem Boden zu finden. Im 18. Jahrhundert erreichte die bergbauartige Produktion des Landes eine solche Höhe, daß Spanien vertriebsmäßig die erste Stelle in der Weltproduktion von Blei, Kupfer und Quecksilber einnahm. Auch heute noch übertrifft eine Produktion alle europäischen Staaten und deckt einen erheblichen Teil des Weltbedarfs an Quecksilber.

Die Quecksilbererzgruben von Almaden sind die reichsten und wohl auch ältesten Betriebe der Welt. Die Produktion, die in normalen Zeiten jährlich 25 000 bis 25 000 t Quecksilber betrug und 13 bis 15 Mill. kg Bismuterglanz ergab, sank in der Zeit des Bürgerkrieges stark ab. Jedoch hat sich die Förderung wieder nach erhöht. Die Erze enthalten etwa 6 bis 7% Quecksilber, während außerordentliche Gewinnverhältnisse zur rund 1% Quecksilber aufweisen.

Außer der Machtstellung auf dem Quecksilber-Weltmarkt kommt Spanien nach der Verzug zu 30% der Weltproduktion an dem wichtigen Kupfer- und eisenerhaltigen Schwefel-Erzisolen aus, bei dem in den bedeutenden Vorkommen in der Provinz Huévea. Die Erze, die in der Nähe des Hafens gleichen Namens liegen, gehören der englischen „Rio-Tinto-Company“. Die Lager sind über einen Kilometer lang, 120 bis 100 m breit und verfügen über eine Beschäftigung von 300 m. Nach anfänglichen Aufschätzungen wurden in den Jahren 1906 bis einschließlich 1939 an Schwefel- und Kupfererzen 14,3 Mill. t von englischen Gesellschaften, darunter „Rio Tinto“ 11 Mill. t und „Thames Copper and Copper Corp.“ 3 Mill. t von französischen Gesellschaften 2,6 Mill. t gefördert, der Rest entfiel auf spanische Gesellschaften. Das Rio-Tinto-Revier liefert mit dem beschriebenen Revier von „Thames“ fast die gesamte spanische Kupferproduktion. Die Mine der Rio Tinto-Gesellschaft erstreckt sich 200 km lang

und in einer Breite von 20 km bis zur portugiesischen Grenze. In der Nähe befinden sich noch zahlreiche kleinere Kupfer- und Manganerzgruben.

40 bis 45% der gesamten Eisenerzförderung Spaniens kommen bis zum Bürgerkrieg aus der Provinz Vizcaya, in welcher Bauxit der weltweit wichtigste Gewinnungsart ist. Allerdings ist die Ausbeutung in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen infolge der atmosphärischen Einwirkung der heißen Erze des Berges. Obgleich das Bauxit-Erz nur etwa 30% Eisen enthält und das beste Erz bereits vollkommen abgebaut ist, spielen die Bauxit-Vorkommen auch immer die weltweit wichtigste Rolle wegen der hervorragenden

gung und die Witterung erreichen kann je 1 Mill. t pro Jahr.

Der Bismuterglanz Spaniens konzentriert sich, abgesehen von einigen weniger wichtigen Vorkommen im Norden des Landes, in der Hauptsache auf den Borden, wo er sich auf zwei Gebieten sammelt. Das eine ist der Sierra Morana, das andere stellt zu den bedeutendsten Vorkommen. Bekannt sind die Erzgänge von Linare und von La Carolina-Santa Elena. Westlich von diesem District erstreckt sich eine über 100 km lange Bismut-Grube, welche von der „Provincia“ exploriert wird.

Spanien verfügt außer den angeführten Mineralien noch über andere Rohstoffe,



den Beschaffenheit des gewonnenen Erzes. Das nördliche frei von schädlichen Beimengungen ist und dabei zum Großteil im Tagbau gefördert wird. Wichtig sind weiterhin auch die Eisenerze von Santander. Ihr Eisengehalt schwankt zwischen 65 und 90%. Die Förderung in den Provinzen Teruel und Guadalupe gewinnt in den letzten Jahren steigende Bedeutung. Trotz der Entwertung von der Kiste bieten sich den örtlichen Vorkommen noch große Entwicklungsmöglichkeiten.

Obwohl, wie man sieht, Eisen für die Stahlindustrie reichlich vorhanden sind, ist diese bisher noch verhältnismäßig gering entwickelt, die Rohisenerzeugung

die ebenfalls für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes von Bedeutung sein werden. Außer Gold und Silber kommen noch Wolfram und Phosphor in Spaniens Bergen vor. Auch die bedeutenden Kalkvorkommen in Katalonien sind zu erwähnen. Das gewonnene Kalk geht größtenteils zu den Zement der Welt.

Der spanische Kobaltbergbau, den wir hier nicht erwähnen wollen, hat sich wieder kräftig erholte. Bemerkenswert sind die reichen noch nicht erschlossenen Erzkernkomplexe in Spanisch-Marokko, die in naher Zukunft noch manche Überraschungen bringen können.

Rekordstahlerzeugung in Belgien

Die Erhaltung der belgischen Stahlindustrie von den Folgen des Krieges hat in der vergangenen Zeit außerordentliche Fortschritte gemacht. Wie jetzt berichtet wird, hat die Stahlerzeugung im August mit 84 900 t einen absoluten Rekord aufgestellt. Die monatliche Durchschnittsproduktion in den Vorjahresjahren 1946-48 belief sich auf nur 28 000 t. Im April dieses Jahres wurde bereits eine Erzeugung von 37 000 t erzielt. Die Ausstätten für die Erzeugung im September und Oktober werden günstig beurteilt. Man hofft im Oktober nach Abschluß der Urlaubsmesse eine Erzeugung von 30 000 t zu erreichen. Die belgische Metallzeugung belief sich im zweiten Quartal 1948 auf 33 107 t. Kupfer, 23 661 t Zinn, 16 744 t Blei, 307 t Aluminium, 417 t Zinn und 1163 t Antimon, Kadmium, Kobalt, Nickel usw. An Halbfabrikaten wurden erzeugt: aus Kupfer 17 348 t, aus Zinn 8275 t, aus Blei 1644 t, aus Aluminium 1644 t, aus Zinn 630 t und aus den übrigen oben genannten Metallen zusammen 39 t.

Höhere Gewinne bei Ogerie-Marthare Lüthi. Das größte belgische Metallunternehmen, der Ogerie-Marthare Konzern, Ogerie bei Lüthi, schloß das Geschäftsjahr 1947-48 mit einem Reingewinn, einschließlich 436 Mill. Vorkauf, von 114,6 G. V. 9,236 Mill. br. ab, und verlor auf die unverdient 90 000 Aktien v. N. die das erhöhte Aktienkapital von 126 180 Mill. br. darstellte, eine Nettodividende von je 40 300 br. Auf neue Rechnung gelangten 3,44 Mill.

Der Konzern erwachte im Berichtsjahr 1947/48 mit einem Reingewinn von 45 700 t. V. und 38 170 t im Jahre 1947. Dagegen lag die Kohlenförderung, wegen der vielen Arbeitslosen, unter demjenigen des Vorjahres (44 346 gegen 43 720 Tonnen). Der Bedarf an Eisen und Stahl, sowohl im In- als auch im Ausland, sei so heißt es im Geschäftsbericht, erheblich. Aber nur die ersten Auslandsaufträge seien bereits von Gewinn, so bedeute eine für die Zukunft eine große Gefahr, der nur durch

USA erwarten 1949 Konjunkturwende

Die Lösung des Inflationsproblems und die Aufrechterhaltung des seit dem Krieg erreichten Ausmaßes sind die beiden großen Probleme, die das amerikanische Wirtschaftsleben gegenwärtig beherrschen. Das Umschlagen der Konjunktur von der Inflation zur Deflation mit zweifellos eine Verstärkung des Konkurrenzkampfes mit sich bringen, und die besonders in einem Land, dessen Binnenmarkt auf seinem Höchststand angelangt ist, Maßgebende, amerikanische Wirtschaftsexperten sind davon überzeugt, daß das Jahr 1949 einen Konjunkturwendeplatz darstellen wird, und begründen dies aus der Entwicklung auf dem verschiedenen Gebieten.

USA-Stahlproduktion gestiegen

Washington. Die Stahlproduktion in den USA hat in den ersten 8 Monaten 1948 ein neues Höchstniveau erreicht. Sie ist nämlich von 3,3 Mill. t in den ersten acht Monaten 1947 auf 3,7 Mill. t angestiegen und ist somit größer als im ganzen Jahr 1938. Diese Mehrproduktion ist ausschließlich in den USA verbraucht worden, da im ganzen Jahr 1947 nur 1,3 Mill. t ausfuhrten wurden.

Aluminiumabgabehelfer

Als Folge einer zunehmenden Knappheit an Rohaluminium in den USA, soll nach Meldungen aus London im vierten Quartal 1948 eine wesentliche Verringerung in der Herstellung von Haushaltsartikeln aus Aluminium wie Kochtöpfen, Briefkasten usw. zu erwarten sein. Man redet sogar davon, daß sich die Knappheit Anfang 1949 noch wesentlich verstärken wird, wenn die Flugzeugproduktion steigende Mengen Aluminium benötigen wird. Man muß dabei berücksichtigen, daß die USA im Krieg von weitaus größeren Aluminiumerzeugern der Welt geworden waren, und im Jahre 1943 nicht weniger

als 824 000 t gewonnen. Die Aluminiumerzeugung der Welt vor dem Krieg im Jahre 1938 belief sich auf nur 279 000 t. Aber schon 1944 ging die USA-Produktion auf 780 000 t, 1945 weiter auf 860 000 t und 1946 schließlich auf 1 000 000 t zurück. Seitdem werden alle Anstrengungen gemacht, die Erzeugung zu steigern, doch hat der Mangel an elektrischer Energie in der letzten Zeit die Produktion stark behindert.

Der diesjährige Autarkieverkauf in den USA wird auf 80,5 Mill. Stück geschätzt.

Um das Wirtschaftswachstum der USA wieder in den Vertriebszustand zu bringen, sind 22 Mrd. Dollar erforderlich.

Frachtkontraktion

New York. Der seit dem Frühjahr spürbar stark frachtkontraktion ist bei den New York bedienten amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften frachtkontraktion hervor. Ein Vertreter der Holland-Amerika-Linie erklärte den Rückgang auf 95%. Vertreter anderer Schiffahrtlinien hatten den Frachtkontraktion für eine Folge des Währungsüberschusses an Frachtraum. Gegenwärtig stehen den Vereinigten Staaten rund 15 Mill. t gegenüber 22 Mill. t im Jahre 1938 zur Verfügung. Die Lage wird als kritische in den letzten 30 Jahren bezeichnet.

Auf der britisch-nordamerikanischen Schifffahrtslinie „Comicon“ in Paris wurde mitgeteilt, daß auf der Nordatlantikroute 1948-49 die Frachtkontraktion keine Änderung erfahren werden.

USA — Australien

Canberra. Der Handelsverkehr zwischen Australien und den USA geht nach oben, da von der Regierung die Kreditlinie mit wachsendem Nachdruck unterstützt wird. Im Jahre 1947 wurden 100 Millionen Dollar an Australien ausbezahlt, im Jahre 1948 sind 150 Millionen vorgesehen.

Täglicher Ausfall 15 000 Waggon Kohlen

Der Streik der französischen Bergarbeiter und seine Folgen

In einem Land mit demokratischer Staatsform gilt das Streikrecht als unantastbar. Stille ist ein Streik ein legitimes Recht, nicht als ein Gebot gemacht wird, um berechtigte Forderungen durchzusetzen, für die auf anderem legitimen Wege keine Befriedigung zu erlangen war. Verweigerung ist der Streik, wenn er im politischen Machtkampf angewandt wird, um auf Kosten eines Teiles oder der Gesamtheit der Bevölkerung den Führern der Streikbewegung oder ihres Auf-

tragbaren Vorteils in die Hand zu spielen, die mit dem vorgebliebenen Streikrecht nichts zu tun haben.

Genau dieses glaubt man aber von dem Streik der französischen Grubenarbeiter annehmen zu können, der am 4. Oktober seinen Anfang nahm, um sich dann auf die Halbinsel zu verlagern. Die Eisenbahnen, die Pariser Taxibetriebe und einige andere staatliche und private Betriebe ausserdem der Gesamtheit der Bevölkerung den Führern der Streikbewegung oder ihres Auf-

eine Senkung der Gestehungskosten bezogen werden können. Die zu diesem Zweck beschlossene Modernisierung und Neuanordnung der Anlagen sei in Angriff genommen. Das umfangreiche Programm umfasse in seinem ersten Abschnitt die Einrichtung eines neuen, modernen Blockwalzwerkes, welches die Produktion der Stahlwerke zu Halbzeug verarbeiten und den eigenen Bedarf der Festgeräteeisenwerke. Das Blockwalzwerk sei in Auftrag gegeben und dessen Inbetriebnahme für 1950 vorgesehen.

Den Erklärungen des Verwaltenden zum Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß dessen nicht Unvorhergesehenes eintritt, die Finanzierung des neuen Blockwalzwerkes, dessen Kosten sich auf mehrere hundert Millionen belgische Franken stellen, aus eigenen Mitteln bestritten wird. Die finanziellen Mittel beliefen sich am 30. Juni 1948 auf 208 Mill. gegen 39 Mill. um die gleiche Zeit des Vorjahres. Mit Aufträgen zu guten Preisen ist das Werk reichlich versehen und bringt die Weltstahlproduktion während der ersten drei Monate des neuen Geschäftsjahres im Durchschnitt 28 000 t gegen 47 000 t im Monatsdurchschnitt des Vorjahres.

John Cockerill, Seraing-Lüttich

Der Aktienkurs der John Cockerill, Seraing-Lüttich, wird die Erhöhung des AK von 60 auf 107 Mill. br. vorsehen. Der Betrag von 77 Mill. wird der auf 100 Mill. vorsehenden Aufwertungsreserve entnommen. Ferner wird die Fusion mit der Bergwerksgesellschaft S. A. de Charbonnage d'Haris et Wasmes in Wasmes (Lüttich) und eine zweite Erhöhung des AK von 107 auf 130 Mill. durch die Ausgabe von 200 neuen Aktien v. N. beabsichtigt.

Die Fabrique Nationale d'Armes de Guerre, Herstal-Lüttich, das größte belgische Rüstungsunternehmen, wird das AK von 100 auf 313 Mill. br. erhöhen, dieser Betrag wird der Aufwertungsreserve entnommen.

Arbeit gewisser Kategorien von Betrieben nicht erbracht gefähren können. Die Verringerung der Kohlenproduktion verringert nicht allein des Gewinns, den die normaler Weise ergeben könnte, sondern indirekt auch die Wärmemenge, die dem Markt zueinführen wären und des Wärmemenge überhaupt. Es wird bereits über die Schwierigkeiten berichtet, die sich für die belgische Industrie in Nordfrankreich ergeben haben. Aus einer anderen Meldung geht hervor, daß Eisenwerke stillgelegt werden müssen, für Wiederaufbau nach Beendigung des Streiks wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Eisenwerke und Betrieben müssen ihre Pläne schließen, weil sie von den Kohlenwerken nicht mehr mit Gas beliefert werden.

Da die Kohlenversorgung ein der Fragen ist, die immer wieder auch auf internationalen Plan zur Erörterung stehen — hängt doch von der befriedigenden Belieferung der Industrie mit dem Brennstoff und Grundstoff Kohle der europäischen Wiederaufbau zum nicht geringen Teile ab — durch den Streik der französischen Grubenarbeiter auch die Entwicklung der Beziehungen zu jenen Ländern maßgebend zu beeinflussen, die durch den Marshall-Plan miteinander enger verbunden sind. Man weiß in London, dass ein (finanzieller) Finanzier ist, daß der Streik nicht allein französische Industrie betriebe, sondern Probleme für die Gesamtheit der europäischen Teilnehmer an der Konvention von Paris über die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufwerft. Die Grundlage des ERP bildeten, so wird erwartet, Abschnitten der Mitgliedsstaaten bezüglich der Kohlenförderung. Für Frankreich besteht die Verpflichtung die Kohlenförderung progressiv zu steigern, um die Einfuhr amerikanischer Kohle in Europa entsprechend verringern zu können. Man glaubt, diese Erörterung würde zum Ausdruck bringen, daß der Streik durch den Streik verursachte Ausfall an Kohle weder durch Einfuhr aus Großbritannien noch durch solche aus dem Ruhrgebiet zu kompensieren sein werden, daß also die Durchführung des europäischen Wiederaufbauprogramms schädlich auf dem Spiele steht.

Diese Länder der Bestimmung der möglichen Auswirkungen des Streiks der französischen Grubenarbeiter auf die westeuropäische Zusammenarbeit untersteht sich wenig von der amerikanischen Auffassung. Die „New York Tribune“ stellt fest, daß mit dem Streik keine Maß Frankreich interessanter wirtschaftlichen Zwecks verfolgt werden. Zur Debatte steht nicht weniger ein internationaler Aspekt von größtem Ein-

Ausland in Kürze

Auf der 200 km langen Strecke auf der Donau zwischen Regensburg und Linz wurde der Lastkahnverkehr zwischen Österreich und der Doppeldecker wieder aufgenommen.

Der Vortragsabend der Schweizer Bundesbahnen für 1949 sieht einen Gesamtumsatz von 784,4 Mill. Fr. vor, dem ein Gesamttrag und Wertzuwachs von 183,7 Mill. gegenübersteht, so daß ein Überschuß von 2,2 Mill. Fr. zu erwarten ist.

Der Schiffsverkehr des Londoner Hafens erreichte Ende März mit 41,3 Mill. NET einen neuen Höchststand seit 1940, betrug aber erst zwei Drittel des Vorkriegsstandes. Die Umschlagzeit war dagegen die höchste seit 1921 mit Ausnahme des Jahres 1946, als große Militärlieferungen stattfanden.

Im kommenden Sommer soll eine detaillierte wissenschaftliche Expedition zur weiteren Erforschung großer Gletscher kommen nach Ost-Grönland gehen. Man hofft, bereits 1949 mit dem Abmarsch der Heilene beginnen zu können.

Die schwedische Fahrradfabrik Manufaktur in Varberg hat in Sao Paulo eine Tochtergesellschaft errichtet, die die größte Fahrradfabrik Brasiliens sein und jährlich 100.000 bis 20.000 Fahrräder herstellen wird.

Schweden verbrauchte an handelsfertigen Eisen im letzten Monat 1948 940.000 t gegenüber 984.000 t bzw. 740.000 t in der entsprechenden Zeit der Jahre 1947 und 1946.

Die norwegische Handelsflotte hatte Mitte 1948 42 Millionen BRT. Außerdem haben norwegische Reedereien Bestellungen auf weitere 23 Mill. BRT laufen. 45% der Handelsflotte bestehen aus Tankern.

Die Hafenverwaltung der Kolonialbank Nederlandische Handelsmaatschappij in Batavia hat im Geschäftsjahr 1947/48 auf 222.500 t gegenüber 222.129 t im Vorjahr. Davon wurden 184.125 t ausgeführt gegenüber 128.100 t im Vorjahr.

Im September sind die Einlagen bei den finnischen Sparkassen um 70 Millionen gestiegen und erreichten somit insgesamt 4,2 Mrd. Finnmark. Am Ziel wurden 801 Mill. gegenüber 714 Millionen im September 1947 eingebracht.

Die deutsche Weizenexporte in Italien dürften 200.000 t betragen.

Die neue Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und Rußland sieht einen Waren- und Handelsverkehr von 1000 t in jeder Richtung vor.

Zwischen Rußland und der Tschechoslowakei wurde ein Abkommen über den Güterverkehr im Jahre 1949 abgeschlossen. Rußland wird vor allem 200.000 t Weizen und 10.000 t Getreide liefern. Die Tschechoslowakei wird ihre Rohstofflieferungen gegenüber 1948 um 1,5 Milliarden Kč erhöhen.

Die sowjetische Regierung hat unter Ausnutzung der gestiegenen Weltmarktpreise einen großen Posten Wolframerz angekauft. Die offizielle Handelsstatistik weist Verschiffungen von 1000 t allein im Juli von Hongkong aus.

Die polnische Ausfuhr im ersten Halbjahr 1948 betrug 230 Mill. Dollar, die Einfuhr 209 Mill. Dollar. Rußland zahlt dabei mit 75 Mill. Dollar Einfuhr und 30 Mill. Dollar Einfuhr an der Spitze.

Polen hat zum ersten Mal seit Kriegsende 90 t Wolfram ausgeführt. Nach im letzten Jahr wurde es selbst noch 600.000 t Getreide vor allem aus Rußland, verschifft.

In Polen wurden im ersten Halbjahr 1948 mehr als 6,4 Mill. kg Reiskorn verarbeitet. Der Wert der Produktion betrug über 30 Mrd. Zloty, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von fast 3 Mrd. Im September wurden 1,3 Mrd. Stbkg Elgerstein erzeugt.

Die neue tschechoslowakische staatliche Investitionsbank in Prag hat mit ihren Filialen in Berlin und Prag am 1. Oktober ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Bank wird nur langfristige Kredite erteilen, die im staatlichen Wirtschaftslauf verflochten sind.

Die Verweigerung des europäischen Wiederaufbauprogramms soll die Einführung eines Kreditlimit von 200.000 Dollar für Lieferungen nach Triest mit.

Export nach West-Europa, Scandinavien, Südamerika. Angebote erbeten an: BM/Incontimpex, LONDON W. C. 1

Bessere Stellung. Mit Hilfe d. Arbeitsgemeinschaft '2. Aufzug, Aufzüge u. Aufwindanlagen' gen. g. m. b. H. in 10000. Die Firmenschrift ist durch die Firma G. GLUCKNER, WIESBADEN, Alexanderstraße 74

THE THOMAS REGISTER. Das höchste anerkannte Qualitäts-Zertifikat ist das Thomas Register. Es ist ein Verzeichnis der besten Firmen in allen Industriezweigen.

Pfund transferierbar oder nicht?

Von unserem Londoner Korrespondenten

Der ehemalige britische Außenminister Anthony Eden erklärte kürzlich in einer Rede, für Währungsfragen würde wenig Gewinn dabei herauskommen, wenn Britannien bei dem Versuch der Wiedereinführung sein ganzes Wirtschaftslieben demontieren würde.

Die vorangegangene Woche vereinigte die Vertreter der Afrika-Konferenz in London, der in dieser Woche die Tagung der Premierminister der Dominien folgt. Man glaubt, daß auf dieser Tagung ein Übergangsweg wichtiger Gedanken zur Behandlung kommen wird, nämlich daß der Empire-Begriff an der Schwelle eines grundlegenden Wandels steht und daß man sich in den Begriff einer Gemeinschaft unabhängiger Nationen verewandeln sollte, einer Gemeinschaft, der auch außerhalb des Empire stehende Nationen beitreten könnten sollten.

Neben diesem Ereignis haben immer wieder die Erfolge starke Besichtigungen der Schatzkammer, Sir Stafford Cripps, auf seiner eben besetzten Reise nach Kanada und Washington geführt. Er selbst hat bekanntgegeben, daß seine Besichtigungen z. B. mit dem Marshallplan-Verwalter Paul Hoffman zu einem befruchtenden Abschluß gelangt seien. So sei vereinbart worden, die Organisation für europäische Zusammenarbeit weiter auszubauen und zum Mittelpunkt des Aufbauprogramms zu machen. Die USA hätten sich ferner damit einverstanden erklärt, die Bestimmungen des britisch-amerikanischen Finanzabkommens, die es England verbieten, Waren, die normalerweise in den USA gekauft werden, in Ländern des Sterlingblockes zu erwerben, zu lockern.

Wie weiter bekannt wird, hat bei seinen Besichtigungen mit Vertretern des amerikanischen Schatzamtes die Frage der Konvertierbarkeit des Pfundes Berlin einen heißen Raum eingenommen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der internationalen Kooperation unter dem Marshallplan, sondern auch grundsätzlich und mit allgemeiner Anwendung.

Es ist klar geworden, schreibt dazu die 'Times' in überaus deutlichen Tönen, daß die Frage der Konvertierbarkeit in Washing-

ton ein viel aktuelleres Thema sei als in London. Fern davon, die vor einem Jahre erfolgte Suspension der allgemeinen Konvertierbarkeit von Sterling als ein dauerndes Fall exemplum hinzuzusetzen, welche Washington die Diskussion der Frage der Wiedereinführung des allgemeinen Konvertierbarkeit keineswegs ruhen lassen. Ohne jeden Zweifel werde Amerika von England, daß die volle Erfüllung nach dieser Bestimmung des britisch-amerikanischen Kreditabkommens wieder angestrebt sei im Programm der Finanzhilfe unter dem Marshallplan miteinbringlich werden. England müsse nach amerikanischer Auffassung darauf bestehen, bis zum Ende der Hilfsperiode nicht nur die laufende Zahlungsbilanz ausgeglichen, sondern auch das Risiko und die Lasten der wiederherzustellenden allgemeinen Konvertierbarkeit des Pfundes zu übernehmen. Es sei sehr zu hoffen, sagt die 'Times' wörtlich hinzu, daß Sir Stafford Cripps sich der schweren Aufgabe einer rein negativen oder übermäßig pessimistischen Einstellung zu diesem Postulat bewußt sei.

Die weniger weit gehende Forderung auf Transferierbarkeit von Sterlingkrediten unter dem Marshallplan war offensichtlich die meist unstrittige Frage in den Washingtoner Gesprächen. Sir Stafford Cripps. Das britische Schatzamt fördert bekanntlich, daß Sterlingbeträge von den empfangenden Ländern zu andere Länder zur Finanzierung ihrer Belegschaften übertragen werden können — gegen Geld in vor allem Belgien — und daß diese Länder von England unter dem bestehenden Zahlungsabkommen dafür Abrechnung in Gold verlangen würden. Mit Spannung wird die Erledigung dieser beiden Fragen erwartet. Die hier meist besprochene Kompromißmöglichkeit ist die einer Beschränkung der Transferierbarkeit von Sterling auf Länder mit positiver Zahlungsbilanz: Kanada gegenüber.

Weltmeinung

Nicht allein der Krieg ist schuld

Baster Nationalzeitung

Gegen die Meinung, nach welcher die Zahlungsabkommen verschiedener europäischer Länder vorweggenommen werden sollten, wendet sich der Baster Professor Dr. Wagner in einem Aufsatz des Oktoberheftes der Privat-Kommunikationsbank A. G. in Zürich. Er führt u. a. folgendes an:

Die Zahlungsabkommen, die Mitte des letzten Jahres ihren Höhepunkt erreichten, sind vorwiegend mit objektiven, durch den Krieg verursachten Tatsachen begründet. Gleichgültig, ob diese Auffassung richtig ist oder nicht, sie ist auf jeden Fall sehr bequeme, denn sie entlastet die betroffenen Länder weitgehend von der Verantwortung für die Zustände, die sich seit Kriegsende entwickelt haben. Diese These läßt daher nicht unverständlich, daß die wirtschaftlichen Schwerekrise der europäischen Länder zwar teilweise bedingt wurde durch die Kriegsjahre, in der Hauptsache aber hervorgerufen worden seien durch eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik der meisten Länder. Zur Begründung verweist man vor allem auf England, Frankreich und Holland, um Beispiele zu wählen. Vorläufig aber auf Schweden, das in die gleiche Schwerekrise geriet, ohne ein unverständliches Verhalten zu sein. Die Forderung der Wirtschaftspolitik, welche 1946 die Zahlungsabkommen verantwortlich gemacht werden, ließen nach dieser Auffassung in den Nationalisierungen, der Planwirtschaft, einer Finanzpolitik, welche zur offenen oder verdeckten Inflation führt usw. Wenn sie nicht nicht gerade in der Mitte liegt, so dürfte die Wahrheit doch irgendwo zwischen den beiden extremen Thesen zu finden sein. Es wäre in der Tat erstaunlich, wenn die tiefen Bruchzustände und weitreichenden Diskontinuitäten der nationalen Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft als Folge des Krieges nicht zu erklären wären. Die Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, gewiß ein unverfälschter Zeuge, hat zu Beginn dieses Jahres in einer Rede zum Marshall-Plan in überzeugender Weise auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Andererseits wird kein vernünftiger Mensch bestreiten können, daß die Wirtschaftspolitik, die sich natürlich in vielen Ländern vor außerordentlich schwierigen Aufgaben gestellt sah, durch übertriebene Nationalisierungen, planwirtschaftliche Experimente sowie übertriebene einseitige Investitionsprogramme eine ziemlich schwierige Situation ganz erheblich verschärfte.

Agarwirtschaft mit politischen Zielen

Die Struktur der ungarischen Agrarwirtschaft hat in den letzten 20 Jahren eine grundlegende Änderung erfahren. Die nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführte Bodenreform, durch die die Herrschaft des einst fast allmählichen Feudalbesitzes beseitigt werden sollte, konnte ihr Ziel nicht erreichen. Der ungarische Bauer stellt zwar einen fleißigen Boden, die Rechte der adeligen Großgrundbesitzer erhöhen aber keine wesentliche Schmälerung. Ganz anders liegen die Verhältnisse nach der zweiten Bodenreform, die 1945 durchgeführt wurde. Der Großgrundbesitz wurde eingetragelt aufgeteilt, an Stelle der einzelnen Latifundienbesitzer gibt es heute zahlreiche kleine Kapitalisten, wie wir in unserer Ausgabe Nr. 37 von 19. 8. bereits kurz behandelt haben. Aber auch die zweite Bodenreform wurde nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt, sondern verfolgte nur politische Ziele: die auf Agrarbesitzer gestützte Führungsschicht sollte wirtschaftlich vernichtet und das ländliche Proletariat an das neue Regime gefesselt werden.

Finanz und Wirtschaft

Einer der Überschrift 'Beitrag als Währungsreform' behandelt die in Zürich erscheinende Wirtschaftszeitung 'Finanz und Wirtschaft' die drabische Währungsreform. Mit einer Heftigkeit, die nicht zu wünschen übrig läßt, wird zu der Durchführung der Forderungen und zu dem damit verbundenen weiteren Währungsdruck folgendes ausgeführt:

Die Formulierung, daß in der modernen Währungsreform das Geld 'Betrag als Währungsreform' verwendet wird, ist nach dem neuesten Währungsrecht der allerhöchsten Besatzbehörden von Deutschland vollkommen geprägt worden. Entgegen den amtlichen und halbamtlichen Versicherungen bedeutet die neue Währungsreform ein weiteres Vertrauensverhältnis, indem sie nach der starren Konierung im Verhältnis von 100 einen zusätzlichen Währungsbeitrag darstellt. Die deutsche Bevölkerung erachtet dadurch nicht einen Verlust von nur 90%, sondern tatsächlich von 99%, nachdem von der klobierten Festlegung zunächst 70% kurzfristig gestrichen worden sind.

Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, wenn sowohl von deutscher als auch von alliierter Seite die 'Pfund als der D-Mark' anhängt. Man schätzt das demnächstige Angebot an Marknoten auf den Schweizerischen Devisenmarkt auf 14 bis 1 Mill. D-Mark pro Tag, was eine genü-

Fünfmonateplan in Ungarn

Ausschaltung des Privatkapitals

Badapest. Der neue ungarische Außenhandelsplan, der einen Aufschwungzustand erreichen sollte, hat sein Ziel nicht erreicht, denn der Gesamtwert der Einfuhr betrug nur etwa 300 Mill. Ft. hinter der Einfuhr zurück. Wenn sich das Postum der Außenhandelspläne, insofern verringert hat, so ist das lediglich auf die starke Einschränkung der Einfuhr zurückzuführen. Ungarn ist heute — wie überall — bedrückt — durch Drückung der landwirtschaftlichen Einfuhr im Land der industriellen Einfuhr geworden. Beitrag die Rohstofflieferungen im letzten Friedensjahr nach 90% der Gesamtsumme, so ist im Jahre 1948 auf 10% abgesunken, während die Einfuhr von Fertig- und Halbfabrikaten von 44% auf 20% gesunken ist. Der Rohstoffimport betrug 1948 20% des gesamten für den Import in Aussicht genommenen Devisenbetrags und ist 1948 auf 41% des Gesamtimports abgesunken.

Die Regierung hat nun einen neuen Fünfmonateplan für den Außenhandel aufgestellt, der gegenüber dem ersten 1. Monats 1948 eine Erhöhung der Einfuhr um 20% und eine Erhöhung der Ausfuhr um 70% vorsieht.

Gleichzeitig mit diesem neuen Fünfmonateplan soll auch die Struktur des Außenhandels durch weitestgehende Ausschaltung des Privatkapitals völlig geändert werden. Der Anteil des Privatkapitals, der Ende 1947 60% der Einfuhr und 80% der Ausfuhr betrug, ist infolge Verstaatlichung der Banken Ende März auf 42% der Einfuhr und 37% der Ausfuhr zurückgegangen und beträgt heute nur noch 10% der Einfuhr und 20% der Ausfuhr. Diese Ausschaltung des Privatkapitals im Außenhandel wurde vor allem durch die Gründung der staatlichen Außenhandelsunternehmen ermöglicht, von denen heute bereits 7 bestehen, die jeweils den Außenhandel eines bestimmten Wirtschaftszweigs abdecken.

Baumstoffexport der Baumwollindustrie

Badapest. Die ungarische Baumwollindustrie, die seit Anfang 1947 eine beachtliche Produktionssteigerung aufweisen konnte, steht in der letzten Zeit vor Schwierigkeiten, die nicht nur ausbleibend, sondern auch auf die kritische Rohstoffversorgung zurückzuführen sind. Die Baumwollanbauerzeugung ist von Januar 1947 bis Ende Juni 1948 von 2,6 Mill. kg auf 2,2 Mill. kg oder um mehr als 70% die Baumwollanbauerzeugung von 261 Mill. t auf 41,7 Mill. t oder um rund 80% gesunken, was eine Produktion in Garnen von 2,30 Mill. kg im April 1948 auf 1,30 Mill. kg im Juni d. J. um 20% und in Baumwollfäden in der gleichen Zeit um 27% zurückzuführen ist. Die Einfuhr von Rohbaumwolle ist stark abgesunken, und zwar von 2400 t im Werte von 2,2 Mill. Ft. im März 1947 auf 100 t im Werte von 850 Mill. Ft. im Juli 1947 der Gesamtanfuhr. Die starke Erhöhung der Weltmarktpreise nach Kriegsende, wurden die Monatsverträge nach völlig aufgebraucht, so daß notwendig auch die Einfuhr von Baumwollfäden aus den empfindlichen Rückkäuflich zu verzeichnen ist. Während die Einfuhr im März noch 28 t im Werte von 2,80 Mill. Ft. d. J. 1947 der Gesamtanfuhr betrug, belief sie sich im Juli nur noch auf 1 t im Werte von 2,30 Mill. Ft. oder 2,6% der Gesamtanfuhr.

Um diese Schwierigkeiten der Baumwollindustrie einigermaßen abzumildern

Vorjahres wurde ein Überschuß von 60,3 Mill. Pfund Sterling verzeichnet. (Einzahlungen 484,48, Auszahlungen 423,23 Mill. Pfund) Der Rückgang der Sparsparungen ist vermutlich ein Ergebnis der Deflationspolitik der britischen Regierung. Im übrigen haben verschiedene Erleichterungen in der Bewirtschaftung des Publicum zu größeren Einflüssen als sonst veranlaßt.

Kohle-Export soll steigen

London. Großbritannien beabsichtigt, nächstes Jahr 23 bis 24 Mill. t Kohle gegen etwa 16 Mill. t in diesem Jahre auszuführen, erklärte der britische Minister für Brennstoff und Energie, Gellatly. Er ließ durchblicken, der britische Kohleexport im Jahre 1949 würde um 5 bis 8 Mill. t höher sein als 1948, dementsprechend müßte die Kohlenförderung auf 223 bis 225 Mill. t steigen.

Arbeitszeit, durch Streiks vorzuziehen

Nach einer amtlichen Statistik des Arbeitsministeriums sind im August 1948 in Großbritannien 13.600 Arbeitstage infolge Streiks verlorungsgegangen, an denen 34.000 Arbeiter beteiligt waren. Diese Zahlen liegen etwas höher als die des Vormonats und des Monats August 1947.

Im gleichen Monat haben 340.000 Arbeiter Lohnverhandlungen im Gesamtbetrag von 87.000 Pfund wochenweise erhalten, wäh-

Die Weltwoche

Der zwischeneuropäische Zahlungsplan wird von der Weltwoche unter dem Gesichtspunkt kritisiert, daß die europäischen Volkswirtschaften nicht die Lasten der schlechter gedienten mittragen dürfen. Die Erreichung eines europäischen Wirtschaftsraumes, innerhalb dessen freier Handel möglich ist, wird auf diesem Wege bewerkstelligt. Die Zeitschrift führt unter der Überschrift 'Mangel des europäischen Zahlungsplans' u. a. folgendes an:

'Wer hat, dem wird gegeben; wer nichts hat, dem wird gegeben.' Über diesem Zeichen steht der zwischeneuropäische Zahlungsplan, um den in diesen Wochen viele Kämpfe stattgefunden haben. Gibt doch England — vom ganzen Betrachtungspunkt, insbesondere Australien, großartig unterstützt — 50% der 'Hilfsfonds' an andere mittelnde europäische Staaten in Gruppierungen ab, wobei es zugleich ein Investitions- und Aufbauprogramm und seine erfolgreiche dementsprechende Aufbauprogramme kompromittiert. Zudem — kommt noch ein Gegenpart von 200 Mill. Dollar an 'aufblasendem' Sterling.

Die Weltwoche

Der zwischeneuropäische Zahlungsplan wird von der Weltwoche unter dem Gesichtspunkt kritisiert, daß die europäischen Volkswirtschaften nicht die Lasten der schlechter gedienten mittragen dürfen. Die Erreichung eines europäischen Wirtschaftsraumes, innerhalb dessen freier Handel möglich ist, wird auf diesem Wege bewerkstelligt. Die Zeitschrift führt unter der Überschrift 'Mangel des europäischen Zahlungsplans' u. a. folgendes an:

'Wer hat, dem wird gegeben; wer nichts hat, dem wird gegeben.' Über diesem Zeichen steht der zwischeneuropäische Zahlungsplan, um den in diesen Wochen viele Kämpfe stattgefunden haben. Gibt doch England — vom ganzen Betrachtungspunkt, insbesondere Australien, großartig unterstützt — 50% der 'Hilfsfonds' an andere mittelnde europäische Staaten in Gruppierungen ab, wobei es zugleich ein Investitions- und Aufbauprogramm und seine erfolgreiche dementsprechende Aufbauprogramme kompromittiert. Zudem — kommt noch ein Gegenpart von 200 Mill. Dollar an 'aufblasendem' Sterling.

— Hier abbrechen —

„WIRTSCHAFTSREVUE“ Konstanz, Postfach 238. Bestellschein für einen Probemonat. Liefern Sie mir / uns die „WIRTSCHAFTSREVUE“ Aug. D im Monat Oktober! Lfd. m. monatl. Abbestellrecht. Zwei monatlichen Abonnementspreis von DM 2,30. L'ECOMIC CONTINENTALE (Ausg. F.) monatl. DM 1,30. CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. E.) monatl. 1,30. (Ingl. Kurzausgabe) je Anzahl. 13 Pfg. Postgebühren

Stellen-Anzeigen

Verkaufsmann mit besonderer Ausbildung...
Kaufmann in Handel und Wandel...
Kaufmann in Handel und Wandel...

Verletzungen

Handverletzte brauchen für 3 DM...
Handverletzte brauchen für 3 DM...
Handverletzte brauchen für 3 DM...

Für einen als Fachmann als...
Fachmann als...
Fachmann als...

Handverletzte...
Handverletzte...
Handverletzte...

Uebereinstimmung...
Uebereinstimmung...
Uebereinstimmung...

Klein- & Filialen...
Klein- & Filialen...
Klein- & Filialen...

Handverletzte...
Handverletzte...
Handverletzte...

Fabrik...
Fabrik...
Fabrik...

Handverletzte...
Handverletzte...
Handverletzte...

Deutsche Gesellschaften

Maschinenbau Werk A. Hoesler

Die Maschinenbau-Werke AG...
Die Maschinenbau-Werke AG...
Die Maschinenbau-Werke AG...

Siemens & Halske

Die Siemens & Halske AG...
Die Siemens & Halske AG...
Die Siemens & Halske AG...

Albert Neuberger AG

Im Geschäftsjahr 1947...
Im Geschäftsjahr 1947...
Im Geschäftsjahr 1947...

Kruppwerke

Die Kruppwerke AG...
Die Kruppwerke AG...
Die Kruppwerke AG...

Baumwollspinnerei Germania

Die Baumwollspinnerei Germania...
Die Baumwollspinnerei Germania...
Die Baumwollspinnerei Germania...

M. Hensoldt & Söhne

Die M. Hensoldt & Söhne AG...
Die M. Hensoldt & Söhne AG...
Die M. Hensoldt & Söhne AG...

Brenner Lagerhaus-Gesellschaft

Die Brenner Lagerhaus-Gesellschaft...
Die Brenner Lagerhaus-Gesellschaft...
Die Brenner Lagerhaus-Gesellschaft...

W. K. H. Müller & Co.

Die W. K. H. Müller & Co. AG...
Die W. K. H. Müller & Co. AG...
Die W. K. H. Müller & Co. AG...

Elektrizität - Lahmeyer

Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft

Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft...
Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft...
Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft...

Klein-Verlust-A.G.

Die Klein-Verlust-A.G. AG...
Die Klein-Verlust-A.G. AG...
Die Klein-Verlust-A.G. AG...

Gotthard Altmeyer Papiere

Die Gotthard Altmeyer Papiere...
Die Gotthard Altmeyer Papiere...
Die Gotthard Altmeyer Papiere...

W. K. H. Müller & Co.

Die W. K. H. Müller & Co. AG...
Die W. K. H. Müller & Co. AG...
Die W. K. H. Müller & Co. AG...

PERSONALIEN

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...
Bei der Ing. Bergmann AG...

Verschiedenes

100 neue...
100 neue...
100 neue...

Die...
Die...
Die...

Handverletzte...
Handverletzte...
Handverletzte...

